

DIE SICHEL

LITERATUR & DEBATTE

In memoriam

Alfred J. Noll

Nikolaus Dimmel

Nachruf auf einen bürgerlichen Marxisten

Alfred J. Noll

Demokratie als Perspektivenvielfalt

Die Banane an der Wand

Schlussplädoyer Wiener Prozesse

Peter Strasser

Recht ist nicht Gerechtigkeit

Redaktion: Walter Famler

NACHDRUCK GEBOTEN

Preis dieser Nummer 50 Cent = 700 Groschen

ERSCHEINT IN ZWANGLOSER FOLGE

ALTE SCHMIEDE WIEN

1. Schönlaterngasse 9 Tel. 512 83 29

Nikolaus Dimmel, Dominik Öllerer (Hrsg.)

DER CITOYEN ALS REVOLUTIONÄR

Alfred J. Noll. Eine Würdigung

Alfred J. Noll (1960–2026) war als Rechtsanwalt, Universitätsprofessor, Politiker, Philosoph, Autor und Künstler ein Citoyen. Seine Vita spiegelt, dass sich der Citoyen weder mit dem Bourgeois noch mit dem Kleinbürger verträgt. Denn er ist als Staatsbürger Teil eines Demos, der sich selbst mittels Recht regiert. Verfassung und einfaches Gesetz gelten ihm als Ordnungsrahmen gesellschaftlicher Interessenkonflikte. Alles Recht versteht er als Waffenstillstandslinie zwischen involvierten Interessen, die Rechtsform als unverfügbar. Entlang dieser Linie versteht er Recht einerseits als Widerspiegelung von Herrschaftsverhältnissen, andererseits als Handlungsinstrument. Dabei ist ihm die Unterscheidung zwischen Recht und Rechtswirklichkeit nicht fremd. Um die Triebfedern dieser Unterscheidung zu bestimmen, bedient sich der Citoyen als Republikaner des Marxismus als Methode. Normativ hingegen verpflichtet er Staat, Recht und Politik auf die Wahrung des Gemeinwohls.

Mit Beiträgen u.a. von Armin Thurnher, Hermann Klenner, Birgit Sauer, Walter Baier, Richard Soyer, Emmerich Tálos, Alma Zadić, Robert Pfaller, Franz Schandl, Peter Rosei, Oliver Scheiber, Anna Sporrer, Walter Famler.

Nikolaus Dimmel, Alfred J. Noll

RECHT. KAPUTT.

Eine Ruinenbesichtigung

Nach fast vier Jahrzehnten praktischer Arbeit als Juristen legen Nikolaus Dimmel und Alfred J. Noll ein famoses und nicht minder niederschmetterndes Resümee über die Entwicklung und den Zustand des Rechts in Österreich vor. Die beiden Autoren nehmen die bestehende Kluft zwischen den politischen Eliten und denen, die sich dazu zählen, und den Normadressaten, also jenen, die gehorchen müssen, als Ausgangspunkt: Diese Kluft wird erkennbar größer – und das »bürgerliche Recht«, das einst doch allen versprach, als Gleiche behandelt zu werden (zumindest vor dem Gesetz, wenn schon nicht im tatsächlichen Leben!), schafft heute immer mehr Ungleichheit. Was das Recht einst versprach, die Sicherheit von Erwartungen und die Begrenzung von drohendem Ungemach, das ist verschwunden: Recht. Kaputt.

Vorspann

Alfred J. Noll 1960–2026

Neben seiner Karriere als Jurist war Alfred J. Noll ein Publizist und Schriftsteller von ausnehmender Belesenheit und blendendem Stil. Er war ein begabter und von Gegnern gefürchteter Rhetor und hat mit seinen Arbeiten über Kant, Locke und vor allem Thomas Hobbes sich auch als Philosoph positioniert. Auf Basis seiner finanziellen Autonomie als erfolgreicher Anwalt hat er sich Vor- und Nachlässen befreundeter Schriftsteller, Musiker und bildender Künstler angenommen, diese honorarfrei in Rechtsangelegenheiten vertreten und gesellschaftskritische Verlage und Zeitschriften finanziell unterstützt. Sein bildnerisches Schaffen ist unter anderem im Ausstellungskatalog *Einfache Formen* dokumentiert, worin er im Essay »Durch den Nullpunkt« seine aktive Beschäftigung mit gegenstandsloser Malerei reflektiert.

Zu Nikolaus Dimmels ausführlicher Würdigung von Leben und Werk verzamelt diese Ausgabe der *Sichel* Texte und Bilder von Alfred J. Noll und endet mit Peter Strassers Besprechung des Buches *Der Citoyen als Revolutionär* (2026), in dessen Anhang Nolls zahlreiche Buchveröffentlichungen aufgeführt sind. Das Aquarell *Alfred Justizius Noll* stammt von Josef Schützenhöfer.

Auf *alte-schmiede.at* finden sich *Freitagsgespräche* mit und über Alfred J. Noll und die von Noll zusammengestellte *Sichel* Nr. 9 mit einer Einführung zu und Texten von Galvano Della Volpe. Der Wiener Czernin-Verlag zeigt in seinem Herbstprogramm Nolls Roman *Kannitz* (2011) als Vorzugsausgabe an sowie einen Ergänzungsband zu seiner Hobbes-Enzyklopädie.

Im kleinem *ABC der Affirmation* lautet Nolls Eintrag zum Buchstaben A: »Angst ist Motor und Hebel aller falschen Bejahung. Die für uns alle verbindliche Regel: Im Bestehenden sollen wir uns abfinden. Unsere Praxis: Das Mögliche sehen wir stets nur als Gefahr. Das »Erreichte« müssen wir ununterbrochen sichern. Und unsere Existenz können wir nicht anders als prekär erleben. Die Angst lässt uns »Ja« sagen, wo wir »Nein« meinen, sie lässt uns zaudern und zögern, sie ist der schlechteste Grund, schwach zu werden. Kann je die Grundbefindlichkeit Angst, die bei Martin Heidegger dem »Sein zum Tod« korrespondiert, einem Selbstvertrauen weichen, das seine Stärke aus der Einbettung des Individuums in tragende gesellschaftliche Bindungen gewinnt? Zu viel gehofft?«

Walter Famler

Noll, der Citoyen. Nachruf auf einen bürgerlichen Marxisten

Von Nikolaus Dimmel



Alfred J. Noll (1960-2026) war nicht nur Rechtsanwalt, Universitätslehrer, Politiker, Philosoph, Publizist, Schriftsteller und Maler, sondern vor all dem Citoyen, antinomischer Gegensatz zu Untertan und Bourgeois. Als Person des öffentlichen Lebens hat er eine Leuchtspur hinterlassen, geprägt durch wissenschaftliche und politische Publizistik, das Ringen um Aufklärung in bürgerlicher Öffentlichkeit und die Wiedererringung des Gemeinwohls als politischer Maxime. Er folgte darin dem beinahe zeitgleich verstorbenen Jürgen Habermas, der die bürgerliche Öffentlichkeit nicht nur als öffentliche Meinung, sondern als Element demokratischer Repräsentanz verstand. Noll stemmte sich sowohl gegen die Schein-Diskurse einer auf Schaustellerei reduzierten Politik als auch gegen die Schein-Öffentlichkeit massenmedialer Einweg-Kommunikation. Er sprach und handelte in jener bürgerlichen Öffentlichkeit nicht nur als politisches Subjekt, welches die Grund- und Menschenrechte in Anspruch nimmt, verteidigt und entwickelt. Er war als Rechtsanwalt auch Anwalt des Rechts, widerspiegelt in seinen verfassungsrechtlichen Schriften, welche der geordneten, dem Souverän verpflichteten Austragung von Interessenkonflikten das Wort sprachen.

Als Jurist war er einer, der in Anlehnung an Heinz Wagner das Recht als Widerspiegelung von Machtverhältnissen, zugleich als Instrument der Änderung von Herrschaftsverhältnissen verstand. Noll war parteilich insofern, als er die öffentliche Sache vertrat und darauf insistierte, dass dies nur in einer Gesellschaft der Gleichen, verstanden als Gesellschaft der Gleich-Berechtigten und Gleich-Befähigten, denkmöglich sei.

Als Philosoph war er einer, der die ideengeschichtlichen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft systematisch und kritisch aufarbeitete. Sein epochales Werk zu Thomas Hobbes gilt schon jetzt als Meilenstein. Sein Ziel, sagte er mir, sei es nicht bloß, dass man auf dem Weg zu Hobbes nicht an Noll vorbeikomme, sondern die Verallgemeinerung eines materialistischen Verständ-

nisses, demnach alle Gesellschaft als Ensemble je partikularer Interessen nur von Vernunft zusammengehalten werden könne, indes als vernünftig anzusehen sei, dass alle Bürger:innen/Menschen am materiellen und geistigen Reichtum der Gesellschaft teilhaben. Sein Anliegen war es, das Recht als Ausdruck einer Vernunftkoalition begreifbar zu machen, die einerseits die Leidenschaften bündigt, andererseits Subjekte samt ihren Rechten und Pflichten vergesellschaftet. Freiheit, so kamen wir vielfach zum Punkt, sei die Freiheit für etwas im Lichte gesellschaftlicher Notwendigkeiten, und nicht Freiheit libertär verstanden als Freiheit von etwas, also die antisoziale Idee privater, von staatlichen Eingriffen befreiter Bereicherung bei gleichzeitiger Vergesellschaftung der Verluste auf anarchischen Märkten. Diesen Faden hat er auch in seinem Band *Wie das Recht in die Welt kommt* aufgegriffen und dabei gezeigt, dass ihm der Wissensbestand der Rechtsanthropologie alles andere als fremd ist.

Als Soziologe war er einer, der stets an Roscoe Pounds Differenzierung zwischen dem »law in the books« und dem »law in action« festgemacht hat. Er trennte kategorial Recht und Gerechtigkeit, behielt Letzteres aber konsequent als Orientierungsmarke im Auge. 1988, anlässlich des Erscheinens unseres ersten gemeinsamen Buches, merkte er an, Jurist:innen hätten in den Blick zu nehmen, was sie mit ihrer Setzung und Ingebrauchnahme von Recht anrichten. Ingeborg Maus war ihm mit ihrer »Aufklärung der Demokratietheorie« hierbei ein konzeptioneller Leuchtturm, da sie Demokratie und Volkssouveränität derart zueinander positionierte, dass die Bindung der Staatsapparate an das demokratisch legitimierte Gesetz als Voraussetzung staatsbürgerlicher Deliberation und zivilgesellschaftlicher Aktivität zu verstehen war. Jeder Akt der Rechtsetzung und Rechtsanwendung war damit am Prüfstein der Selbstregierbarkeit des Souveräns zu messen. Insofern war Noll ein Rechtssoziologe, der den Macht- und Herrschaftsaspekt, damit auch den formalen und sozialen Geltungszusammenhang des Rechts zum Gegenstand seiner Befundaufnahmen und Interventionen machte. Gesetze galten ihm, der dabei oftmals Wolfgang Däubler ins Spiel brachte, als Waffenstillstandslinien zwischen konfligierenden Interessen, welche in der Praxis der Rechtsanwendung noch einmal durch ein System von Filtern geschleust werden. Hier seien es soziale Aspekte, so Noll, die sich professions- oder machtsociologisch verstehen lassen, welche das Dif-

ferenzierungsverhältnis zwischen einem abstrakten »Recht haben« und einem konkreten »Recht bekommen« bestimmen.

Als Politiker hat er, der seine Erfahrungen als Abgeordneter im Nationalrat zu einem eindrucksvollen Bericht verdichtet hat, die tiefe Krise des Rechts aber auch des Rechtsstaates beleuchtet. Sein parlamentarisches Auftreten war nicht nur von scharfer Kritik an »rechten Recken« und ihrer abgrundtiefen Inkompetenz (zu Kickl: »Das Problem ist, dass Kickl es einfach nicht kann«; zu Gudenus: »Herr Gudenus, Sie haben nicht nur davon keine Ahnung, sondern fast von allem anderen auch nicht, also seien Sie bitte ruhig!«) gekennzeichnet. Er attackierte die Korruptivität politischer Eliten nicht nur im rechtspopulistisch-rechtsextremen »Mainstream« der politischen Dienstklasse mit beißender rhetorischer Schärfe. Seiner öffentlichen Figur waren damit die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gleichsam eingeschrieben. Noll hat Republik, Demokratie und Rechtsstaat kompromisslos gegen jede plutokratische Zumutung verteidigt. Noll hat damit das Reflexionsniveau der rechtspolitischen, rechtsphilosophischen und rechtssoziologischen Debatte in Österreich entscheidend mit-geprägt.

Authentizität

Alfred J. Noll war nicht nur als politisches Subjekt, sondern in all seinen sozialen Rollen, zivilgesellschaftlichen und professionellen Funktionen authentisch. Er dachte Gesellschaft und Politik wie Hans-Jürgen Krysmanski als sozialen Konflikt. Was die Architektur dieses Konfliktes betraf, so hielt er die endemische politische Sachzwang- und Kompromiss-Rhetorik für ebenso schief wie die Figur des herrschaftsfreien Diskurses für eine Illusion. Er hielt es vielmehr mit Chantal Mouffe, insofern er an der institutionalisierten Kultivierung und Einhegung von Konflikten interessiert war. Dies schloss für ihn mit ein, sich mit den Institutionen selbst auseinanderzusetzen. Seine Kritik an Figur und Kompetenzen des Parlamentspräsidenten war legendär. Er ging in der Tat keinem Konflikt in der Sache aus dem Weg, focht mit offenem Visier. Seine methodischen und theoretischen Grundlagen legte er offen, weshalb man sich auf ihn als Person und Freund ebenso verlassen konnte wie auf sein

anwaltliches Urteilsvermögen. Er verfügte über das, was gemeinhin als »Handschlagqualität« bezeichnet wird. Ich beschreibe ihn, mit dem ich 56 Jahre lang in Schule, Studium, politischen Projekten und gemeinsamer Textproduktion verbunden war, als redlich, kompetent und verbindlich. Ihm war ein brillanter Intellekt gegeben, welcher zu einem schier universalistischen Wissensbestand verhalf. Sein photographisches Gedächtnis sowie die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge in kürzester Zeit einzudampfen waren dem sicherlich zuträglich. Mit ihm konnte man über Autopoiesis-Theorie, die Habermas-Luhmann-Kontroverse oder Metz/Seeßlens Arbeiten zu den »medialen Blödmaschinen« ebenso debattieren wie über Frank Zappa, Kasimir Malewitsch oder Maximen der Kindererziehung. Man konnte mit ihm einen Abend lang über die Taxonomie der »Feingriffe« in Oskar Negts/Alexander Kluges *Geschichte und Eigensinn* debattieren, um am Ende dann durch Walter Benjamins *Passagen-Werk* zu flanieren.

Er trennte dabei durchgängig zwischen Sach- und Beziehungsebene, legte seine Werthaltungen, Motive und Einstellungen offen, war kategorial dem empirisch Begründbaren verpflichtet, konnte sich empathisch in sein Gegenüber versetzen und zugleich unangenehme Rückmeldungen akzeptieren. Debatten mit ihm endeten nicht im Streit, sondern in der Ankündigung, künftig um das noch bessere Argument ringen zu wollen. So sind auch seine Bücher über den »rechten Werkmeister« Martin Heidegger oder *John Locke und das Eigentum* entstanden. Organischer Bestandteil dieses Habitus waren sein nüchtern-sachlicher, regelhaft unaufgeregter Auftritt sowie sein Wortwitz, mit dem er Druck aus sozialen Konfrontationen nehmen konnte. Er war mithin das exakte Gegenteil eines Opportunisten, in sich stimmig und ungekünstelt, scheute keine Auseinandersetzung und zollte jedem/r Gegenspieler:in, sei es im wissenschaftlichen Feld, sei es vor Gericht, Respekt.

Sozial Parteilich

Alfred J. Noll war der republikanischen Sache verpflichtet, den Interessen des Souveräns der Demokratie, dem Gemeinwohl, der öffentlichen Debatte,

der Bemächtigung von vergesellschafteten Subjekten. Er lebte (vor), was er vertrat. Er redete nicht nur über die Rolle des Rechts in Fragen sozialer Integration und Inklusion, hielt er diese doch für eine wesentliche Grundlage jeder Handhabung der Volkssouveränität. Vielmehr verschaffte er auch rechtlichen Beistand Suchenden mit »kleinem Geldbeutel« den Zugang zur juristischen Wahrung ihrer Interessen. Unablässig ermöglichte und förderte er die Gründung und den Bestand zivilgesellschaftlicher Organisationen im Feld der Kultur, Kunst und Wissenschaften. Sein Interesse galt nicht nur den Funktionen des Rechts, sondern auch der Thematisierung und Mobilisierung rechtlicher Schutzpositionen. Er tat dies regelhaft pragmatisch, war der »Unlustvermeidung« seiner Mandant:innen verpflichtet, weshalb er oftmals empfahl, Forderungen mittels einer außergerichtlichen Ausgleichszahlung, die er »Unfugabwehr« nannte, zu vergleichen. Seine anwaltliche Begründung dafür lautete, dass das Leben zu kurz sei, um mit Leuten zu streiten, denen man auch sonst nicht begegnen möchte.

Bürgerlicher Marxist

Alfred J. Noll war Streitbar. Dass er das mit ungeheurer Belesenheit, rhetorischer Akkuratess und fachlicher Versiertheit auch unter Rückgriff auf Methoden und Repertoire der marxistischen Staats-, Rechts- und Gesellschaftstheorie getan hat, musste vor allem jene verstören, die sich da Bürgerliche nennen, aber keine sind. Sein Ausruf im Parlament, er sei der einzige Marxist in diesem Hause, war nicht als Provokation, sondern als Ausweis eines methodischen Herangehens zu verstehen. Dass seine Positionierung im Nachhinein Gegenstand ebenso wütender wie unverständiger Zuschreibungen war, erzählt mehr über den »general intellect« der politischen Dienstklasse als über ihn. Denn er, der stets die Figur der Aufklärung als unvollendetem Projekt bemühte, verstand den Marxismus als Methode, nicht als Doktrin oder in sich geschlossenen Regelkanon. Dialektik, die Differenzierung zwischen Wesen und Erscheinung oder die relative Selbständigkeit von Überbauphänomenen wie Recht und Staat waren ihm nicht bloße Phrase, sondern Instrument des Sezieren jener vorge-

fundenen Verhältnisse, innerhalb derer Menschen ihre Geschichte machen. Das marxistische Denken war für ihn ein Instrument, um die Bedeutung des Rechts für die bürgerliche Gesellschaft aber auch die Krise von Demokratie und Rechtsstaat zu verstehen. Die bürgerliche Gesellschaftsformation verstand er als historische Errungenschaft, die es gegen reaktionäre An- und Zumutungen zu verteidigen gilt. Das Fehlen der bürgerlichen Revolutionen samt ihrem Solidaritätsversprechen galt ihm als Anfang, nicht als Ende. Als wir 1990 einen Band über 70 Jahre Bundesverfassung diskutieren, hält er fest, dass das Desideratum der sozialen Grundrechte eigentlich zum Kernbestand des bürgerlichen Emanzipationsversprechens zu zählen sei. Demokratie sei ohne sozioökonomische Teilhabe nicht zu bewerkstelligen. Die Beschränkung der Grundrechte auf liberale sei Ausdruck historischer Kräfteverhältnisse sowie des sich ausfaltenden Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital. Das aber ändere kein Jota an der Idee der Brüderlichkeit, ohne die sich Freiheit und Gleichheit nicht denken lässt. Dass er, ehe er als Mandatar aus dem hohen Haus ausschied, die Abgeordneten wissen ließ, sie seien Diener der Kapitaleigner und nicht Volksvertreter, spiegelte pointiert seine Verankerung im bürgerlichen Rechtsdenken. Ihm ging es augenfällig dabei nicht nur um den Demos und seine republikanische Selbstorganisation in Form der »öffentlichen Sache« des Gemeinwohls. Es ging ihm auch um die Gemeinwohlverpflichtung der politischen Klasse.

Antifaschismus

Er, politisch während der 1970er Jahre sozialisiert, versiert in den Debatten über Chile 1973, die Portugiesische Nelkenrevolution 1974, den Zusammenbruch des Franco-Regimes in Spanien 1975, die Argentinische Militärdiktatur 1976 oder den Deutschen Herbst 1977, war nicht nur theoretisch versierter Antifaschist. Dies ging wohl auch auf unseren Geschichtslehrer zurück, dessen Unterricht nicht mit 1918 endete. Seine Befassung mit Kunst-Restitutionsfragen geht wohl auch auf diese Erfahrungen zurück, indes er mir eines Tages nebenbei erklärte, dies sei vergleichbar der Zugfahrt Lenins nach St.

Petersburg auf Zufall und Konstellation zurückzuführen, eine Gelegenheit, die er am Schopf packte, um den Opfern des NS-Terrors Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. 2017 merkte er dazu an: »Die Nationalsozialisten, insbesondere in Österreich unter Seyß-Inquart, waren manische Kunstsammler. Sie haben tatsächlich etwas Pathologisches gehabt in diesem Wahn, alles Künstlerische anzusammeln, weil sie wahrscheinlich ihre Brutalität und ihren Zynismus und ihre Menschenverachtung in gewisser Weise auf diese Art zu kompensieren suchten. Das Schöne, das Gute, das war tatsächlich eine Sucht. Die Nationalsozialisten haben Kunstsammlungen systematisch geraubt und gestohlen wie kein anderes verbrecherisches Regime vorher.«

Stil

Der Stil seiner Auseinandersetzung war nicht nur von methodischem Herangehen und argumentativer Schärfe, sondern auch von Respekt und Sachorientiertheit geprägt. Nirgendwo ging es ihm um ideologisches »Framing«, eine geschlossene Weltanschauung oder Doktrin, vielmehr um Evidenzbasiertheit, Analyse, juristisches Argumentieren und begründetes Urteil. Er arbeitete nicht daran Menschen zu formen oder zu manipulieren, sondern sie zu bemächtigen. Alfred J. Noll war als Marxist auch Humanist: er bewerkstelligte kritisches Denken als Ausdruck der Vernunft, der Wahrung menschlicher Würde sowie des Primats der Entfaltung von Fähigkeiten und Ressourcen. Dieses Menschenbild hat seinen diskursiven Stil geprägt. Er war damit einer, der Habermas' Modell einer idealen Sprechsituation, in der Konsens durch verständigungsorientierte Kommunikation und argumentativen Austausch erreicht wird, nicht bloß als rhetorische Floskel bemühte, sondern als Grundlage und Zielsetzung seiner Interventionen verstand. Zugleich ging er, profund im Umgang mit dem rechtssoziologischen Wissensbestand, über die Idealwelten der Philosophie hinaus. Für ihn war das Ringen um Recht eine Auseinandersetzung um Sprech-, Macht- und Herrschaftspositionen. Wiederkehrend war ihm Ausgangspunkt die Frage nach dem leistbaren Zugang zum Recht. Seine Auftritte bei Gericht waren ebenso wie jene im Nationalrat

retorische Sternstunden, witzig, prägnant und ökonomisch, in der Sache sattelfest. Einer RichterIn, die ihn eingangs der Tagsatzung fragte, ob sein akademischer Titel denn nun Magister oder Doktor laute, hielt er entgegen, sie habe offensichtlich den Akt nicht gelesen, weshalb sich die Frage stellt, ob sie selbigen denn überhaupt verhandeln könne.

Bodenhaftung

Der Citoyen Noll verstand sich als Akteur des zivilgesellschaftlichen Ringens um Themensetzung und Deutungsmacht. Jeder Dünkel gegenüber nicht-akademisch Qualifizierten war ihm fremd. 2017 denken wir über einen Think-Tank nach, welcher als Plattform organisiert ist, auf der die Brot-und-Butter-Themen von jenen politisch wirksam verhandelt werden können, die gemeinhin als ›Wahlvolk‹ adressiert und nach Abgabe ihrer Stimme an der Urne in ihren objektiven Interessen ignoriert werden. Wir denken darüber nach, wie man bewerkstelligen könnte, den Souverän selbst in einem deliberativen Rahmen zum Sprechen zu bringen. In diesem Zuschnitt war er unentwegt in Diskurse der medialen Öffentlichkeit verstrickt, verfasste politische Kommentare in Tageszeitungen und Postings in Foren ebenso wie wissenschaftliche Beiträge in Journalen. Im Gramsci'schen Sinne fungierte er damit als ein organischer Intellektueller, der sich zugleich der Bemächtigung des Demos sowie der Gesetzesbindung und Vernunft verschrieben hat. Ihm ging es nicht um das Machen von Meinungen, sondern um die Erzeugung politischer Mündigkeit, um zu vernünftiger Entscheidung zu befähigen. Seine Rede war, dass Demokratie erfahren und gelebt werden müsse. Und dies sei nur durch die Selbstwirksamkeitserfahrungen der Bürger:innen selbst zu bewerkstelligen. Die Vorstellung, man müsse den Leuten die Demokratie erst einmal nahebringen oder sie dazu erziehen schien ihm ebenso Ausdruck einer »Rhetorik des Herrenhauses« wie es ihm abwegig erschien, das Absondern von auf ›Likes‹ eingedampften Meinungen als Ausdruck eines politischen Willens zu fassen.

Politik

Politik galt Alfred J. Noll vielmehr als geordneter Konflikt, eben nicht als Manipulationsmechanismus oder Konsenssuchmaschine. Er dachte in Kategorien historischer Kompromisse zwischen widerstreitenden, antagonistischen Interessen. Für ihn war der Rechtsstaat eine Errungenschaft, welche es gegen die korruptive Verflechtung von Politik und Geldmacht aber auch die Entkopplung zwischen dem Souverän, den politischen Repräsentationskörpern und dem politischen Prozess zu verteidigen galt. Jeglicher Fundamentalkritik am Recht als bloßer Herrschaftsordnung stand er kritisch abwägend gegenüber. Macht ließ sich für ihn nicht ohne Gegenmacht denken. Er begriff das Recht dialektisch als Widerspiegelung von Machtverhältnissen und politisches Instrument zur Veränderung dieser Machtverhältnisse. In dieser Verschränkung bildete das Recht für ihn nicht Legitimationsmasse politischer Eliten, sondern eine Waffenstillstandslinie zwischen Interessen, die im politischen Prozess repräsentiert werden. Darin, so sagte er oftmals, gibt es kein diffuses ›Wir‹, wie es der Rechtspopulismus/Rechtsextremismus vergleichbar einer Monstranz vor sich her trägt. Es geht vielmehr um ein Ensemble partikularer Interessen, die politisch offen zu legen sind. Zugleich wurde er nicht müde, auf der relativen Selbständigkeit des Rechts, auf dessen Unverfügbarkeit gegenüber ideologischen Usurpationsbestrebungen (»Das Recht hat der Politik zu folgen«) zu insistieren. Oftmals wendete er ein, dass Fortschritt kein blindes Vorwärtstürmen, sondern das Bewahren der erreichten Vernunft sei. Für Noll war Fortschritt nicht Zerstörung, sondern Aufhebung als Bewahren und Weiterentwickeln. Progressiv zu sein, pflegte er zu sagen, bedeutet, an reaktionären Wendepunkten der Geschichte konservativ zu bleiben, ein Satz, der auf den Rechtsphilosophen Wilhelm Raimund Beyer zurückging.

Parlamentarismus

Alfred J. Noll hat die Dysfunktionalität des Modus des parlamentarischen Repräsentierens offengelegt, als er zeigte, dass der Inhalt der Gesetzgebung im Regelfall außerparlamentarisch bereits vorweg entschieden ist und alle Le-

gislation im Nationalrat nur noch als Theaterstück, als Simulation eines demokratischen Repräsentationsprozesses aufgeführt wird. Er betonte als Kenner des Werkes von Antonio Gramsci ein ums andere Mal, dass Hegemonie etwas Vorläufiges, Instabiles ist, um das stets gerungen werden muss. Wiederkehrend argumentiert er, dass die sozioökonomischen Maßverhältnisse und deren Revolutionierung jeweils auch die Maßverhältnisse des Rechts sprengen. So, wie bürgerliche Revolution Ausdruck der ursprünglichen Akkumulation, Aufklärung und Neubestimmung staatlicher Aktivität war, so ist auch, hat er mir anlässlich der Wiederwahl Donald Trumps auseinandergesetzt, die Formatierung des politischen Systems als mafiöse Gang, »Racket« und nepotistisches »family business« Ausdruck einer tiefgreifenden sozioökonomischen Veränderung, nämlich einer Refeudalisierung von Gesellschaft und Maßnahme-Staat. Die neue Regellosigkeit, widergespiegelt im Absterben des Völkerrechts und der Idolatrie militärischer Gewalt, aber auch in der Herausbildung einer kommissarischen, mit Dekret notstandsartig intervenierenden Verwaltung (er hatte die Form der Corona-Politik der Bundesregierung vielfach kritisiert) oder der Verdrängung der Hoheits- durch die Privatwirtschaftsverwaltung, sei letztendlich Ausdruck der Konzentration ökonomischer Macht und Rücknahme rechtsstaatlich verfasster Regulierungstätigkeit. Die Heiligsprechung eines sakrosankt deregulierten Marktes sei damit als Grabrede auf den Rechtsstaat zu verstehen. Um aus diesem Morast herauszugelangen, sei eine weitere Revolution erforderlich, welche Recht und Rechtsstaat in die Lage versetzt, Marktinteressen als Kapitalverwertungsinteressen zu bändigen. Demgegenüber wurde er im Lichte seiner Erfahrungen im parlamentarischen Prozess nicht müde zu betonen, dass vom Nationalrat als zentralem Hebel der Selbstregierung des Demos kaum mehr als eine Fassade geblieben sei. Wiederkehrend rügte er, dass politische Legitimität nur noch auf dem brüchigen Fundament von Emotion, Anschein und demagogischem Behaupten beruhe. Auf diesem Wege sei die republikanische Gemeinwohlorientierung im politischen System verloren gegangen. Der soziale Auftrag des Rechts sei weithin unkenntlich, das Recht selbst käuflich geworden. Penibel zeigte Noll hierzu, dass eine Vielzahl politischer Entscheidungen längst im vor- und außerparlamentarischen Raum getroffen werden, dass dem Parlament bloß noch die Funktion zukommt, diese Entschei-

dungen »durchzuwinken«. Inmitten der ansteigenden Normenflut, von einem politisch-administrativen System erzeugt, das Recht als Kleingeld der Eigenlegitimation und Servicierung kapitalkräftiger Interessen versteht, verspricht das Recht den Rechtsunterworfenen vielerlei, hält aber kaum etwas davon ein, so sein Befund. Die öffentliche Figur des Alfred J. Noll hat damit nicht nur verdeutlicht, dass die Aufklärung als unvollendetes Projekt zu verstehen ist, sondern, dass der »Kampf ums Recht« eine auf Dauer gestellte Herausforderung einer Gesellschaft der Gleichen bleibt.

Coda

Alfred J. Noll ist im März 2026 von uns gegangen. Was bleibt ist eine kaum fassbare Lücke nicht nur im Geistesleben dieser Republik, ein breit gefächertes transdisziplinär angelegtes Werk, die Erinnerung an einen integren, kompetenten, brillanten Intellektuellen und einen Demokratie und Gemeinwohl verpflichteten Juristen, der um den Wert des Rechts als Grundlage gesellschaftlichen Zusammenhalts wusste. Ich schließe mit einer Anekdote: zur Promotion schenkt er mir einen Stapel Bücher, darunter eins von Herbert Achterbusch, in dem sich der Satz findet: »Diese Gegend (Bayern) hat mich kaputt gemacht, und ich bleibe so lange, bis man ihr das ansieht.« Jahre später erinnern wir uns daran und Alfred konkretisiert, dass es darum geht, sich nicht kaputt machen zu lassen, sondern vielmehr dafür zu sorgen, dass man dem Land ansieht, dass man hier war. Diesem Land sieht man an, dass Alfred J. Noll hier war, und das ist gut so. Ihn zu vergessen ist ohnehin unmöglich.

Demokratie als Perspektivenvielfalt

von Alfred J. Noll



Alfred J. Noll: Einfache Formen 14

Stellen wir uns vor, es liege eine schöne Frühlingswanderung hinter uns. Es ging über Stock und Stein, durch Wald und Flur. Wir stehen auf kleiner Anhöhe knapp vor einem Dörfchen mit dem schönen Namen »Flintsbach«. Schmuck, denken wir. Wir erkennen die Kirche mit ihrem Turm – und, was für ein Glück, gleich eine Gastwirtschaft daneben. Wir kehren ein. Wir trinken nicht zu knapp, und irgendwann viel später machen wir uns auf den Heimweg. Ein wirklich schönes Wochenende.

Tags darauf, es ist ein lausiger Montag, alle müssen arbeiten, berichte ich Freunden und Freundinnen: Ach, wie schön war doch dieses Dörfchen, das uns nach der Wanderung eine freundliche Gastwirtschaft bot, in der wir uns, erschöpft aber glücklich, laben konnten. Die wundervolle Aussicht auf die Berge. Und das Dorf selbst – freundlich, ruhig und aufgeräumt. »Wo wart Ihr denn?«, werde ich gefragt. »Na, in Flintsbach«, berichte ich mit immer noch leuchtenden Augen – und ernte einen skeptischen Blick. Und man entgegnet mir: »Flintsbach? Ist das nicht dieses bayerische Kuhdorf, an dem ich immer vorbeifahre, wenn ich mit dem ICE zwischen Mailand und München unterwegs bin, im Inntal zwischen Kufstein und Rosenheim. Ein paar Hütten, was soll's dort schon geben!?!«

Unverständnis macht sich breit. Grußlos geht man auseinander. Ich fühle mich ums schöne Wochenend-Erlebnis betrogen. Mein Gegenüber meint, ich wollte mich durch unnötige Ausschmückungen bloß wichtigmachen. Tja, so passiert's, ich beginne meine Arbeit – aber es ärgert mich, dass man meinen Bericht nicht mit etwas mehr Empathie aufgenommen hat.

In Wirklichkeit haben wir wohl beide recht: Wir sahen dasselbe Dorf – aber wir sahen es eben aus unterschiedlicher Perspektive. Wir haben gesehen, was für uns beide wirklich war, wiewohl wir jeweils anderes gesehen haben.

Ich erlebte das Dorf als ein zu Fuß gehender, müder Wanderer. Mein Gegenüber sah das Dörfchen nur als ein Laptop-beladener Geschäftsreisender

aus dem Zug an sich vorbeihuschen. Wir hatten also unterschiedliche örtliche Standpunkte. Aber nicht nur das: Aus unseren verschiedenen Lebenslagen ergaben sich auch ganz andere Voraussetzungen für unsere Wahrnehmung. Ich wollte die Beine hochlegen und mein Bier genießen. Der andere war mit dem Kopf schon im nächsten Meeting und musste seine Präsentation im Zug noch fertig stellen.

Das Beispiel scheint trivial, doch es beschreibt eine ganz zentrale philosophische Erkenntnis. Beim großen deutschen Universalgelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz heißt es: »Wie eine und dieselbe Stadt, von verschiedenen Seiten betrachtet, immer wieder anders und gleichsam perspektivisch vervielfältigt erscheint, so gibt es [...] gleichsam ebenso viele verschiedene Welten, die jedoch nichts anderes sind, als perspektivische Ansichten einer einzigen«.

Leibniz hat damit den Grundsatz der Perspektivität in die Philosophie eingeführt. Seine Metapher hält das Bild des Wanderers fest, der eine Stadt umschreitet und jeweils eine andere Sicht auf sie hat, je nachdem, von welchem Standort aus er sie betrachtet. Der Kern des Bildes ist klar: Wir erkennen die Welt, jedenfalls ein Stück von ihr, doch immer nur aus einer bestimmten Perspektive, die in einem bestimmbar Standpunkt ihren Ort hat. Dieser Ort strukturiert das Erkennen. Die Logik des Erkennens ist perspektivisch. Und doch gibt es die Welt, die wir erkennen, auch außerhalb und unabhängig vom Akt des Erkennens. Zwischen dem Akt des Erkennens und der erkannten Welt besteht eine Korrespondenz. Unserem Blick erschließt sich eine Welt, wie sie tatsächlich ist; aber sie erschließt sich uns nur perspektivisch und nie als Ganzes. Mag der perspektivische Blick auch immer nur einen Teil, nie das Ganze erfassen, so ist dieser Blick doch ein Spiegel, der die Wirklichkeit perspektivisch zeigt.

Ein Blick, der alles umfasst, Umriss, Ausschnitt und Einzelnes, und alles zugleich – der wahrhaft konkrete Blick, der zugleich das Ganze und seine Teile erblickt –, ein solcher Blick wäre nach Leibniz der göttliche Blick. Nur der göttliche Blick ist die Summe aller möglichen Perspektiven der Welt – aller möglichen Ansichten der Stadt, die ein Wanderer haben kann. Menschliches Erkennen aber ist Erkennen nach menschlichem Maß, also relativ, bezogen auf die jeweilige Perspektive eines Sehens. Es kann nie absolut sein.

Demokratie ist – neben vielem anderen, was in unseren Verfassungen niedergeschrieben ist – zunächst einmal gesellschaftliche Selbstverständigung über die unterschiedlichen Perspektiven, mit denen wir die Welt wahrnehmen. Wenn wir alle unterschiedlichen Perspektiven von uns allen vereinigen könnten, dann hätten wir immer noch nicht den absoluten Blick Gottes, aber die Realität der Welt würde uns dann in dem für Menschen möglichen Höchstmaß offenkundig. Demokratie macht genau dies möglich.

Würden wir alle die Welt vom selben Standpunkt aus betrachten und hätten wir alle dieselben Interessen und Bedürfnisse, dann bräuchten wir keine Demokratie. Wir könnten dann mit einem wohlwollenden Despoten das Auslangen finden. (Wir Österreicher haben da unsere Erfahrungen und nennen das »Josefinismus« – entsprechend der am Ende des 18. Jahrhunderts vom Sohn Maria Theresias praktizierten Politik absoluter Herrschaft: Das für alle verbindlich Gute ist dann für alle immer das Gleiche und wird uns ausschließlich aus der Sicht von Oben serviert. Manche in Österreich – und nicht nur dort – hegen immer noch Sehnsüchte nach derartigen Zuständen.)

Freilich: Die Zeiten sind vorbei, in denen wir den Glauben hatten, von Oben beglückt zu werden. Wir lassen uns ja noch nicht einmal gerne von der Seite her anreden – wir wollen geradeheraus auf selber Ebene angesprochen werden. Wenn wir dann aber etwas sagen oder anderen zuhören, dann stellt sich das Problem der Perspektivität in seiner vollen Radikalität. Und es ist heilsam, sich das gehörig vor Augen zu führen – auch auf die Gefahr hin, dass einem schwindlig dabei wird.

Wenn jemand etwas sagt, höre ich zwar die Worte des oder der anderen als akustische Signale, die mir vertraut vorkommen – das ist aber noch keine Garantie dafür, dass ich den anderen auch verstehe. Das Verstehen setzt nämlich voraus, dass ich die gerade gehörten Worte auch mit einer Bedeutung versehen kann. In welche Richtung diese Bedeutungszuweisung erfolgt, hängt von vielen Faktoren ab. Wer ist es, der zu mir spricht? Welche Erfahrungen habe ich bisher mit ihm oder ihr gemacht? Wie stehe ich denn zu ihm oder ihr? Was will er oder sie von mir? Was will ich von ihm oder ihr? Welche Kenntnis habe ich über das Erzählte?

Was mir alles durch den Kopf gehen müsste, um meinen Gesprächspartner wirklich zu verstehen, wird durch meine Gewissheit, dass dem oder der ande-

ren das ja auch alles durch den Kopf geht, noch viel komplexer. Ich müsste also nicht nur nachdenken darüber, was ich mir zu denken habe, wenn ich verstehen will, ich müsste auch noch berücksichtigen, dass doch auch der oder die andere gerade darüber nachdenkt, welche Gedanken ich mir gerade über seine oder ihre Gedanken mache. Und wer weiß, vielleicht macht er oder sie sich über mich ganz falsche Gedanken, so wie ich mir über ihn oder sie ganz falsche Gedanken machen könnte ...

Zum Glück überlegt sich all das niemand, der den Mund oder die Ohren öffnet. Jede Kommunikation wäre sofort am Ende, sobald wir beginnen würden, uns reflexiv der allgemeinen und situativen Grundlagen der Kommunikation versichern zu wollen. Dass wir überhaupt noch miteinander reden können, funktioniert deshalb, weil wir uns die skizzierte Gedankenarbeit regelmäßig ersparen und durch andere Instrumente ersetzen können.

Wir müssen im Regelfall nicht viel reflektieren, um uns verständlich zu machen, weil wir aus unseren sozialen Zusammenhängen und aus unserer persönlichen Erfahrung jeweils schon darüber Bescheid wissen, welche Bedeutung dem zukommt, was mir jemand sagt. Wenn wir im Alltag miteinander reden, dann ist die Perspektivität unserer Wahrnehmung deshalb kein besonderes Problem, weil sich aus dem durch unser gemeinsames Handeln bestimmten sozialen Kontext immer schon eine bestimmte Gewissheit ergibt, die es den Beteiligten erlaubt, das jeweils Gehörte nicht nur zu hören, sondern auch zu verstehen, nachvollziehbar zu machen. Natürlich gibt es Missverständnisse, manchmal wird gelogen, manchmal wird sogar betrogen. Aber irgendwie funktioniert es und wir müssen nicht alles bedenken, was für eine gelungene Kommunikation notwendig wäre. Solange man gemeinsam lebt und liebt und die Welt durch gemeinsames Tun bewältigt, ergibt sich die Verständlichkeit nicht bloß aus den gesprochenen Worten, sondern aus dem sozialen Zusammenhang. Um mit Konstantin Wecker zu sprechen: »Man muss ja nicht immer reden!«, und versteht sich trotzdem.

Wir haben unsere unmittelbaren Freunde und auch die Gegner der alltäglichen Lebensführung soweit habituell gespeichert, dass wir nicht mehr darüber nachdenken müssen, von welchem Standpunkt aus da jemand mit uns spricht – wir wissen es im Vorhinein.

Demokratie ist aber kein Rezept zur Ordnung der persönlichen Beziehungskiste oder ein Ratgeber für die Verlängerung persönlicher Bekanntschaften. Als politische Konzeption der Gestaltung unserer Gesellschaft hat sie ganz andere Voraussetzungen. Glauben wir etwa Joseph A. Schumpeter, dann kommt es für die Demokratie auf ganz anderes an:

»Die Wähler außerhalb des Parlaments müssen die Arbeitsteilung zwischen ihnen selbst und den von ihnen gewählten Politikern respektieren. Sie dürfen diesen zwischen den Wahlen nicht allzu leicht das Vertrauen entziehen und müssen einsehen, daß wenn sie einmal jemand gewählt haben, die politische Tätigkeit seine Sache ist und nicht die ihre. Das bedeutet, daß sie davon absehen müssen, ihm vorzuschreiben, was er tun soll ...« (Schumpeter, S. 468)

Mit anderen Worten: Wir geben unsere Stimme ab – und fünf Jahre später bekommen wir sie zurück, um erneut zu wählen, wer unsere Zukunft gestalten soll. »Demokratie« ist dann nur noch der einmalige Wahlakt, der in gewissen regelmäßigen Abständen stattzufinden hat.

»Wo aber »bleibt« die Freiheit in der repräsentativen oder parlamentarischen Demokratie? Das Volk sorgt bei den Wahlen für »Machtverhältnisse« im Parlament, das daraus die Regierung bestimmt, der das Regieren in Abhängigkeit von diesen Machtverhältnissen zwischen den Parteien mal leichter und mal schwerer zu fallen scheint. Aus der Freiheit der Wahl entsteht nicht zwangsläufig eine Freiheit dessen, der sie repräsentiert.« (Metz/Seeblen, *Freiheit*, S. 196)

Die Popularität dieses Modells von Demokratie beruht darauf, dass es sich wertfrei und analytisch-deskriptiv darbietet, im Gegensatz zum klassischen Demokratiemodell – entsprechend der Formel von der Identität der Regierenden und Regierten nach Jean-Jacques Rousseau oder auch Hans Kelsen –, dem man ein »rationalistisches Menschenbild« und Utopismus nachsagt. Für Schumpeter und andere »Realisten« besagt Demokratie hingegen nichts anderes als den Wettkampf verschiedener Eliten um die Macht im Staat – wirklichkeitsnah, illusionslos und strikt bezogen auf das, was der Fall zu sein scheint. Alle sogenannten »realistischen« Demokratietheorien halten die Rede vom Volkswillen, dem die Regierenden unterstehen, für eine Verschleierung der Tatsache, dass ein sachlicher und eindeutiger Volkswille nicht gefunden werden könne. Selbstbestimmung und Emanzipation seien utopische und geschichtsmystische

Formeln, die nicht Grundlage einer klaren, hier und jetzt gestaltbaren Ordnung sein könnten. Kurz: Demokratie sollte es eigentlich gar nicht geben, denn sie ist immer irrational.

Echte Demokratie aber ist ein immer unvollkommenes gesellschaftliches Arrangement, das davon ausgeht, dass wir unterschiedliche Standpunkte und unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse haben. Demokratie ist das politische Versprechen, dass wir zusammenleben können, nicht obwohl wir unterschiedliche Standpunkte haben, sondern gerade weil wir von unterschiedlichen Standpunkten aus die eine, uns doch allen gemeinsame Welt betrachten – auch wenn wir sie unterschiedlich wahrnehmen. Deshalb sollte auch gelten: Wer mir nicht Auskunft darüber gibt, wo er steht, was er will und welche Interessen er oder sie hat, der oder die braucht mir nicht mit Gewissheiten zu kommen.

Demokratie ist gesellschaftliche Verständigung über die unterschiedlichen Perspektiven, mit denen wir die Welt wahrnehmen und von denen aus wir unsere Interessen, Bedürfnisse und Erwartungen formulieren. Doch es genügt nicht zu sagen, von welchem Standpunkt aus man auf die Welt blickt, wir schulden einander auch Rechenschaft darüber, warum wir jeweils dort stehen, wo wir stehen. Wir müssen mit einsichtigen Gründen und deshalb für andere prinzipiell nachvollziehbar darüber Auskunft geben können, warum es für alle besser wäre, wenn sie meinen Standpunkt einnehmen würden.

Es kann in einer Demokratie nur darum gehen, den eigenen Standpunkt unentwegt auf seine Tauglichkeit hin zu überprüfen und sich von anderen mitteilen zu lassen, was sie von ihren Standorten sehen – um dann mit Gründen für den eigenen Standpunkt zu werben. Wer hinterm Baum steht, der wird sich von mir sagen lassen müssen, dass er die Aussicht aufs Tal nur genießen kann, wenn er einen Schritt zur Seite tritt. Wenn er gerade seine Notdurft verrichtet, wird dies allerdings für ihn nicht vorrangig sein.

Ich plädiere also für die Tugend politischer Beweglichkeit bei gleichzeitiger Haltungsfreude. Demokratie ist auch ein anderes Wort für Bewegungsfreude. Oder wie der französische Künstler Francis Picabia das einmal nannte: Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann. Allerdings müssen wir uns für die Teilnahme am politischen Geschehen trainieren. Für die Demokratie gilt, was auch für die Gerechtigkeit gilt:

»Gerechtigkeit gibt es nicht, außer man schafft sie. Und dabei kann eine Menge schief gehen. Gerechtigkeit ist eine stets gefährdete Sache, nicht nur, weil es so viele Ungerechte und so viel Ungerechtigkeit gibt, sondern auch, weil Gerechtigkeit, nimmt man sie zu sehr beim Wort, andere Tugenden bedroht: die Freiheit, die Barmherzigkeit, das Augenmaß, die Vergebung und so weiter. Und schließlich: Gerechtigkeit ist ein widersprüchlicher, unvollkommener und vorläufiger Wert. So einfach ist das. So kompliziert ist das.« (Metz/Seeßlen, *Bürger*, S. 130)

– und eben das gilt nicht anders für die Demokratie. In der populistischen Bewerbung unserer Demokratie wird oft so getan, als ob mit den verfassungsgemäßen Rechten der Mitentscheidung und der Meinungsfreiheit auch schon die Fähigkeit einherginge, mitzuentcheiden und mitzureden. Gewiss haben alle das Recht, mitzuentcheiden und mitzureden. Aber ebenso gewiss müssen wir uns alle bemühen, uns stets mehr und besser zu informieren. Wo man nicht die begründete Zuversicht hat, mit nachvollziehbaren Gründen für eine Position eintreten zu können, muss man sich zurückhalten.

Andererseits müssen wir aber auch nicht alles tolerieren. Die Sache ist und bleibt kompliziert und wir sollten sie nicht aus dem vom Markus Metz und Georg Seeßlen skizzierten, aktuellen Kontext lösen:

»Die Weltreligion des Neoliberalismus bringt die nationalen Gefühle in Wallung, weil die Lokalgottheiten Erlösung in Form von Identität versprechen. Ihnen wird gleichsam mit verzweifelter Lust gehuldigt (immer zugleich mafios und mehr oder weniger faschistisch), weil sie den ›locus of control‹ in den heimischen Wäldern und nicht in der Fremde konstruieren. Freiheit bedeutet demnach: lieber vom eigenen Diktator als von der fremden Demokratie beherrscht zu werden. Und lieber die einheimische Schattenwirtschaft als die globale Ökonomie nutzen. Natürlich beides nur nach Interessenlage und unter mythischer Legitimation.« (Metz/Seeßlen, *Freiheit*, S. 187–189)

Wird die Identität brüchig, wird die Position wacklig und die Zukunft düster – man verliert damit auch jene persönlichen und sozialen Ressourcen, die als materielle Voraussetzungen für die Anstrengungen der alltäglichen Lebensführung und damit auch für die Demokratie lebensnotwendig sind.

Denn eines ist gewiss: Die Demokratie ist die anstrengendste Art, eine po-

litische Gemeinschaft zu organisieren. Schon Thomas Hobbes hat daraus die Folgerung gezogen, dass die Monarchie die »bequemere Herrschaftsform« sei. Demokratie zwingt uns jeden Tag, unsere Identität und damit unsere Haltung so zu bestimmen, dass wir mit den Anforderungen an Beweglichkeit und mit den Zumutungen der öffentlichen Ordnung zurande kommen. Immer mehr von uns sind damit überfordert. Sie sind sowohl durch die Freiheit überfordert, jederzeit tun zu dürfen, was sie wollen, als auch durch die Vorgaben, nur das tun zu dürfen, was ihnen vorgeschrieben wird und was sie glauben, sich gerade noch leisten oder zutrauen zu dürfen.

Freiheit kann beglückend sein, aber sie hat einen Pferdefuß. Denn unter der Bedingung der Freiheit können wir uns das Scheitern der Lebensführung nur noch als jeweils eigenes Versagen zurechnen. Früher haben wir für unser soziales und psychisches Elend den Herrn die Schuld gegeben. Heute, wo wir alle zu Herren geworden sind, sind wir selbst schuld. Was jahrtausendlang keine Frage war, nämlich: Mache ich es richtig?, das fängt heute schon jeden Morgen mit der Kleiderwahl an: Ziehe ich mich richtig an? Und bis zur Schlafenszeit gibt es nur eine beständige Aufgabe: Ich muss mich entscheiden! Und liege ich dann im Bett, muss ich mich fragen: Habe ich es richtig gemacht?

Unter diesen Voraussetzungen stellen sich die Realbedingungen der Demokratie heute ganz anders dar als noch vor fünfzig Jahren. Denn die Frage, ob man etwas richtig macht, hat anno dazumal entweder das Milieu beantwortet, dem man angehörte, oder die Weltanschauung, der man sich verpflichtet hatte. All das hat heute an Verbindlichkeit derart verloren, dass wir auf uns gestellt sind – und genau deshalb haben die Medien in all ihren Formen heute eine überragende Bedeutung gewonnen.

Mit der potenziellen Zunahme an persönlicher Freiheit (die nicht immer auch eine Zunahme an sozialer Freiheit bedeutet) hat unsere psychische und soziale Ausstattung nicht Schritt gehalten. Vielmehr scheint es so, als ob mit jedem Schritt zur Freiheit und mit jeder Lösung der Fesseln von Milieu, Weltanschauung und Glauben gleichzeitig die Kräfte zunähmen, die uns daran hindern, eine eigene, gefestigte Identität auszubilden, Haltung zu gewinnen und mit einer gewissen Souveränität über unsere Lebenslage nachzudenken.

Wir stehen also vor einer zweiten Zumutung der Demokratie: Die Dialek-

tik von Haltung und Beweglichkeit droht uns jeden Tag aufs Neue zu überfordern. Denn unsere Gesellschaft ist dabei, in verschiedene Teilgesellschaften zu zerfallen. Insofern hat Isolde Charim recht, wenn sie meint, dass die »alte Mehrheitsgesellschaft vorbei« ist; dass wir in einer Gesellschaft der Entfernung (*société d'éloignement*) leben, wie es Pierre Rosanvallon nannte. Unsere Gesellschaft zerfällt in arm und reich, in inländisch und ausländisch, gebildet und ungebildet, Zuversicht und Sorge. Das früher selbstverständliche Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Vertrautheit mit der eigenen Lebenswelt, der Gewissheit, am richtigen Platz zu sein, und das daraus erwachsende Gefühl der Sicherheit und der Geborgenheit schwindet. In einer Welt, die zunehmend aus den Fugen gerät, funktioniert auch die Verständigung nicht mehr. Die Lebenswelten in unserer Gesellschaft driften auseinander, und die Medien befördern diese Disparität in vielfältiger Weise.

Für immer mehr Menschen in diesem Land ist es tägliche Erfahrung, nicht mehr gebraucht zu werden. Alle Werte des Lebens werden nur noch in monetäre Größen umgerechnet. Was als Sinnkrise erscheint, ist in Wirklichkeit eine Krise der Gesellschaft, eine »Staatskrise«:

»Projekte der Freiheit sind unterdessen wohl nur noch anderswo zu finden. Jede neue Waschmittel-Serie verspricht mehr Freiheit als die Demokratie. Aber der eigentliche Fluchtpunkt liegt woanders: Darauf, dass die soziale Praxis der Freiheit so unbefriedigend bleiben muss, reagieren viele Menschen mit der Suche nach der empfundenen Freiheit. Der Oberflächendiskurs nennt das »Rückzug ins Private«, aber es ist viel mehr (und kann durchaus Züge von Kult und Gemeinschaft wieder annehmen): die Vorstellung, dass es Freiheit nur jenseits von Staat und Gesellschaft geben kann.« (Metz/Seeblen, *Freiheit*, S. 194 f.)

Die weiter zunehmende Monetarisierung aller Werte, die gnadenlose Kommerzialisierung aller Lebensbereiche und die zunehmende Prekarisierung im Berufs- und Arbeitsleben erzeugen für viele Menschen ein dauerhaftes und tief-sitzendes Gefühl der Unsicherheit. Das Gefühl der Unsicherheit aber ist der Todeskeim der Demokratie.

Schon der konservative Baron de Montesquieu wusste, dass politische Freiheit nur im Glauben an die eigene Sicherheit Bestand hat. Und Niccolò Machiavelli war der Ansicht, die überwiegende Mehrheit wünsche die Freiheit nur,

um sicher leben zu können. Wer sich unsicher fühlt, der fühlt sich unfrei. Und dieses Gefühl der Unfreiheit befällt immer mehr Menschen. Daraus erwachsen die Sehnsüchte nach Führung und nach Ordnung, nach rascher Gewissheit und schneller Klärung. Den Zumutungen der Demokratie sollten wir uns dennoch stellen. Kampflos jedenfalls wird sich unsere Demokratie nicht halten lassen.

Worin aber soll dieser Kampf bestehen?

Privat geht es zunächst um die Ausbildung von Bürgertugend. Das klingt anachronistisch, aber es ist höchst zeitgemäß. Es gibt aus der Mitte des 15. Jahrhunderts eine schöne Mahnung des Florentiners Leon Battista Alberti, die auch heute noch aktuell ist:

»Ich bin mit Euch darin einig, dass der gute Bürger die Ruhe lieben wird, aber nicht so sehr die eigene als die auch der Redlichen, dass er sich der Muße des Privatlebens erfreuen wird, aber nicht minder sie seinen Mitbürgern gönnen, dass er Einigkeit und Sicherheit, Frieden und Ruhe für sein eigenes Haus wünschen wird, noch viel mehr aber für sein Vaterland, die Republik. Dieser Zustand lässt sich nicht aufrechterhalten, wenn jeder, der sich durch seinen Reichtum, seine Klugheit, seine edle Abkunft unter seinen Mitbürgern auszeichnet, darauf aus ist, mächtiger zu sein als die anderen freien, aber minder vom Glück begünstigten Bürger. Aber ebensowenig wird er sich wohl bewahren lassen, wenn alle wackeren Männer mit der bloßen Muße des Privatlebens zufrieden sind. Die Weisen lehren, dass die guten Bürger sich des Staates annehmen müssen und die Lasten des Vaterlands auf sich nehmen und sich um die Nichtsnutzigkeit der Menschen nicht kümmern, um dem öffentlichen Frieden zu dienen und das Wohl aller Bürger zu wahren und um nicht den Schlechten den Platz zu überlassen, die infolge der Unbekümmertheit alles auf den Kopf stellen würden, so dass weder die öffentlichen noch die privaten Dinge in guter Ordnung bleiben können.« (Alberti, S. 135f.)

Wo es privat um die Ausbildung von Bürgertugend geht, muss es öffentlich um einen republikanischen Patriotismus gehen. Unser politisches Interesse muss sich mit dem »Allgemeinwohl« identifizieren. Wir müssen uns alle direkt und persönlich darum kümmern.

Was aber tun wir, wenn unsere Standpunkte derart weit auseinanderliegen, dass wir ein Gemeinsames gar nicht mehr ins Blickfeld bekommen können? In

solchen Fällen gilt, was für alle Zweifelsfälle gültig ist: Man muss gemeinsam den Gang hin zur Sache selbst unternehmen. Nur die gemeinsame Handlung eines Hingehens und Anfassens kann uns die Materialität der Sache bestätigen. Wenn der Greifende in leere Luft fasst, dann weiß er, dass etwa sein Bild nur ein körperloses Traumbild war.

Der demokratische Rechtsstaat, wie er sich in der alltäglichen Routine der parlamentarischen Demokratie zeigt, hat in uns die Illusion erzeugt, die Demokratie sei schon real, wenn wir alle paar Jahre ein paar Kreuzchen auf den vorgefertigten Zetteln malen. Es ist aber eher umgekehrt: Wir können uns politische Wahlen nur solange leisten, wie wir alle durch unser gemeinsames tägliches Handeln und Tun eine Gesellschaft ausbilden, in der alle Menschen die Zuversicht entwickeln, dass ihre Stimme zählt, dass sie für ihre Erwartungen und Ambitionen soziale Resonanz finden. So gewinnen sie die persönliche Sicherheit, dass sie nicht nur Objekt unveränderbarer Umstände, sondern Subjekt der eigenen Lebensgestaltung sind.

Wir können unsere Demokratie nur dann erneuern, wenn wir die von zahllosen Individuen in Teilwelten gebildeten äußeren und inneren Lebensbezirke öffnen, damit die individuellen Subwelten sich mit denen der gesamten sozialen und politischen Welt verbinden können. Es geht also um Öffentlichkeit.

Wie aber ist es um diese Öffentlichkeit bestellt?

Die Befreiung vom Faschismus und die Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie verbunden mit einem fast sechzig Jahre währenden wirtschaftlichen Aufschwung haben Verhältnisse geschaffen, in denen der österreichischen Bevölkerung Freiheiten zukommen, wie sie historisch nie zuvor bestanden. Durch die Stellung von Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), dem in Österreich Verfassungsrang zukommt, und vor allem durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und den (zunächst freilich bloß zaghaften) Nachvollzug dieser Rechtsprechung durch österreichische Gerichte haben wir heute einen Zustand erreicht, der – abgesehen von einigen wenigen problematischen Schwachpunkten – wahrlich zu einem »Paradies der Meinungsfreiheit« geführt hat. Außer ein paar Ordnungsvorschriften und einigen inhaltlichen Beschränkungen vor allem im Bereich des Persönlichkeitsschutzes darf heute (fast) alles geschrieben und ver-

breitet werden. Ist damit automatisch schon ein demokratie- und persönlichkeitsfördernder Effekt verbunden? Wo stehen wir heute wirklich?

Die Massenmedien sind ein notwendiger Bestandteil der Demokratie. Hinter sie führt kein Weg zurück. Gleichzeitig sind sie für alle an Aufklärung, Verständigung und Diskurs Interessierten in einem beklagenswerten Zustand. So viel Unsinn, soviel Beleidigung der Intelligenz, so viel Zynismus und so viel Verklärung der wirklichen Welt hat es historisch gesehen nie zuvor gegeben. Und eine Befreiung davon scheint unmöglich.

Wer einmal in den Fokus boulevardesker Berichterstattung geraten ist, der wird breiten Bevölkerungsschichten auch dann als schuldig erscheinen, wenn jeder Bericht mit der alibihaften Floskel: »Es gilt die Unschuldsumutung« versehen ist. Wessen Identität, sei es als Opfer oder Täter, einmal preisgegeben ist, der mag Anträge stellen und Entschädigungen begehren, in den schützenden Arkanbereich der Unerkanntheit wird er nicht mehr zurückfinden. Und wessen Ruf in der Öffentlichkeit durch Zeitungsberichte beschädigt ist, dem helfen auch Privatklagen nicht.

Die dem öffentlichen Interesse verpflichtete Presse stellt sich in den Dienst der gemeinen Instinkte des Publikums, seiner Tratsch- und Skandalsucht. Es gibt unter kapitalistischen Bedingungen schlechterdings keine Presse und ganz generell keine Massenmedien, die an sich selbst den Anspruch stellen würden, dem »öffentlichen Interesse« zu dienen – sie alle dienen nur sich selbst und ihren Eigentümern. Und deren Interesse gilt nicht dem »öffentlichen Wohl«, sondern einem mit möglichst erfolgreicher Anzeigenbewirtschaftung verbundenen Gewinn. Das lässt sich auf absehbare Zeit nicht ändern.

Wer sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch den Zielen der Aufklärung, der Überwindung selbstverschuldeter Unmündigkeit verpflichtet weiß, der muss sich für öffentlich-rechtliche Massenmedien einsetzen. Er muss danach trachten, dem zynischen Erwerbsstreben der privaten Massenmedien ein gesellschaftlich und politisch verantwortliches Korrektiv zur Seite zu stellen. Es ist gewiss unstrittig, dass der Staat auch eine verfassungsmäßige Verantwortung für eine freie Presse hat. Es besteht eine Schutzpflicht des Staates, Frage ist lediglich, in welchem Ausmaß. Wir lesen es mit Wohlwollen, wenn der österreichische Verfassungsgerichtshof Mitte der 1990er-Jahre feststellte, dass Me-

dien nicht nur Waren, sondern auch ein wesentliches Element der Meinungsbildung seien und dass dies Maßnahmen rechtfertige, die der Existenzgefährdung kleinerer Medienunternehmen entgegenwirken. In der Medienrealität ist dieses Postulat aber nicht angekommen.

Von vielen wird die eine an sich schon demokratiefördernde Wirkung eines plural organisierten Mediensektors unterstellt. Tatsächlich entspricht eine derartige Haltung ja auch dem demokratietheoretischen *common sense*, wie er die gesamte zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts prägte. Genauer beschen kann man von dieser demokratie- und auch persönlichkeitsfördernden Wirkung der Medien aber heute nicht mehr ausgehen.

Demokratie ist darauf angewiesen, dass immer mehr Personengruppen in den Prozess öffentlicher Debatten einbezogen werden. Historisch gesehen haben Medien eine entsprechende Inklusionsleistung vollbracht. Ob sie diese Funktion auch heute noch erfüllen, ist durchaus zweifelhaft – die besseren Argumente sprechen heute eher dafür, dass Massenmedien einen gravierenden Beitrag dazu leisten, große Teile der Bevölkerung vom Verständnis der politischen Mechanismen und von politischer Einflussnahme auszuschließen.

Auch die Kontrollfunktion der Medien erscheint stark beeinträchtigt. Es ist zu vermuten, dass sich in dem Umfang, in dem sich die Politik den Medien an- dient, die Kontroll- und Reflexionsleistung der Medien stark nachlässt.

Und schließlich: Demokratie ist nichts anderes als eine bestimmte Form institutionell verfestigter Partizipation der Vielen an dem, was man als das Gemein- same erkannt hat. Vieles spricht dafür, dass heute die Mediennutzung weniger denen dient, die von politischen Entscheidungen ausgeschlossen sind, vielmehr kommt die Nutzung der Medien fast nur jenen zugute, die entweder professionell oder ehrenamtlich ohnehin schon im politischen Entscheidungsprozess tätig sind sowie jenen, die bei der Mediennutzung wie in der tagtäglichen beruflichen und außerberuflichen Kommunikation als »Meinungsführer« regelmäßig über politische Zusammenhänge kommunizieren. Eine partizipationsfördernde Wirkung haben Medien also bestenfalls für diejenigen, die ohnedies schon partizipieren – für alle anderen wird oft nur das politische Schauspiel zur Darstellung gebracht.

Wenn dieser Einschätzung eine gewisse Realität zukommt, dann ist mit der Forderung nach privater Medienvielfalt und Medienwirtschaftspluralismus

nicht viel gewonnen. Die kommerziellen Zwänge führen ja nicht nur dazu, dass alle Medien statt weniger immer mehr vom immer Gleichen präsentieren, sie führen vor allem dazu, dass das, was sich unter dem Zwang beständiger Verwertbarkeit nicht als Auflagen steigernd und Reichweiten erhöhend darstellt, als Bericht nicht mehr veröffentlichenswert scheint.

Eine am öffentlichen Wohl orientierte Presse müsste daher zuerst von diesen Zwängen befreit werden. Es ist nicht abschbar, dass dies anders als durch einen politischen Akt des Gemeinwesens selbst garantiert werden könnte – so wie sich ja auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen nicht aus den Feuchtgebieten des Medienmarktes heraus entwickelt hat, sondern stets als gemeinsame politische Veranstaltung begriffen wurde.

Es gibt gewichtige Stimmen, die unter Hinweis auf die »Neuen Medien« (im Internet) den Prozess historischer Demokratisierung durch Medien überhaupt an einem Ende angelangt sehen: Wir sehen ein historisches Höchstmaß an netzwerkartiger Inklusion und »Partizipation« durch die »sozialen Medien«. Damit einher geht aber gleichzeitig die freiwillige Außerkraftsetzung des Bürgerstatus – wir sind nur noch »User« (Nutzer), und »Netzwerke« lösen die für westliche Demokratien typische Repräsentation der Bürger ab. Wenn es über gut hundertfünfzig Jahre einige Berechtigung gab, von der Demokratieaffinität der Massenmedien in modernen Gesellschaften auszugehen, so scheint es am Beginn des 21. Jahrhunderts eher zutreffend, vor der weiteren »Kolonisierung der Politik durch die Medien« (Thomas Meyer) zu warnen.

Heute geht es in Österreich und Europa nicht mehr darum, gegen monarchische und klerikale Willkür und Ignoranz das Postulat uneingeschränkter Meinungsfreiheit zu setzen. Heut geht es darum, der kommerziell getriebenen Zerstörung des öffentlichen Raums wirkungsvolle Korrektive entgegenzusetzen. Ironischerweise bedeutet dies nicht, die Freiheit der Medien nicht zu beschränken, sondern öffentlich verantwortliche Medien erst wieder zu schaffen.

Heute stehen Politik und Medien, Politiker und Journalisten nicht in einem antagonistischen Verhältnis zueinander. Ihre Reden und Widerreden sind aus dem Geist der Komplizenschaft geboren. Unsere Politik glorifiziert das freiheitsermöglichende Potenzial der Medien – und liefert sich dann doch reflexartig den medialen Zurufen aus. Das Prinzip ist einfach:

»Die Klassengesellschaft braucht – das bescheinigen ihr sogar die Gegner – an der Spitze nicht Freunde, sondern Idealisten, weil sie sich selber zum Verein freier und gleicher Einzelsubjekte idealisieren muß. Zu folgern wäre daraus, kein demokratischer Politiker könne sich die offene Preisgabe moralischer Prinzipien leisten. Er würde sonst die Fiktion zerstören, welche die Geschäftsbasis der bürgerlichen Gesellschaft ist, und aus gekränktem kollektiven Narzißmus liefen ihm die Anhänger weg.« (Pohrt, S. 65)

Die Liturgie wechselseitiger Demutsbezeugung bei gleichzeitiger Verleugnung der Realitäten funktioniert. Es ist maßgeblich wohl dadurch bestimmt, dass beim Reden über unsere Medien nicht der steinige Weg empirischer Analyse beschritten, sondern in der Doppelseilbahn des Wünschens und Glaubens herumgondelt wird. Der Journalismus ist eben, wie Balzac in *Das Chagrinleder* notierte, die Religion der modernen Gesellschaft – und er sucht sich deshalb stets der Gläubigen zu versichern ... und Gläubige gibt es genug. Wer heute von der Presse spricht und deren Freiheit postuliert, der sieht sich im öffentlichen Raum als Held demokratischer Aufklärung. Aber der Held steht im Sumpf. Unbeschen wird hier etwas imaginiert, das sich bei näherer Betrachtung als bloße Unterstellung erweist. Auf einige Facetten dieser Unterstellung sollte man zumindest hinweisen.

Es wird zunächst so getan, als ob unsere Medien *tutti quanti* eine Art Schuhlöffel wären, der einer informationsarmen und an politischer Orientierungslosigkeit leidenden staatsbürgerlichen Randexistenz zu gesellschaftlicher Sachkenntnis, politischem Urteilsvermögen und anschließender Mitsprachekompetenz verhelfen würde. Das Gegenteil ist wahr: Massenmedien leisten einen gravierenden Beitrag dazu, große Teile der Bevölkerung vom Verständnis der politischen Mechanismen und von politischer Einflussnahme auszuschließen. Die liberale Unterstellung, nur durch unsere Medien würden öffentliche Debatten gewährleistet und auf diese Art würde der ständige Bezug aufs Gemeinwohl präsent gehalten oder sogar befördert, diese Unterstellung ist einfach falsch. Unsere Massenmedien sind Instrumente der Vereinfachung, der Desensibilisierung, der Personalisierung und der kontinuierlichen Lesentmächtigung – unsere Massenmedien sind Werkzeuge der Entdemokratisierung.

Was ist denn die Demokratie, die angeblich auf der Freiheit der Presse grün-

det? Sie ist doch zunächst einmal nichts anderes als der ständige Versuch, durch Worte und Taten die Partizipation der Vielen an dem, was man als das Gemeinsame erkannt hat, zu fördern und zu kultivieren; und als Folge dieser Bemühungen sollte dann eine bestimmte Form institutionell verfestigter Partizipation möglichst vieler herauskommen. Teilnahme beschränkt sich heute freilich auf den Konsum der Medien und die alle fünf Jahre erfüllte Bürgerpflicht der Wahl – in immer zahlreicheren Fällen wohl kein Votum mehr für die politische Haltung einer bestimmten wahlwerbenden Gruppe, sondern ein Strafakt der politisch Enttäuschten gegen die Ungeliebten.

Die Substanz der Demokratie besteht nicht in der Unabhängigkeit und Qualität der Medien, es ist umgekehrt: Nur eine demokratische Gesellschaft kann unabhängige und qualitätsvolle Medien hervorbringen. Es wäre verführerisch, an dieser Stelle Rezepte und Lösungen zu bieten – aber ich habe keine. Die Vision wäre: Die Presse insgesamt und die Journalistinnen und Journalisten als Einzelne könnten durch das Wort, durch die Sprache, Tuchfühlung herstellen zur Realität. Und sie könnten die Gegenwart für uns erfahrbar machen durch das sorgsame und gewissenhafte Aufzeigen der unterschiedlichen Bezüge, in denen wir zur Welt stehen. Und wenn es denn ein Credo bräuchte, dann könnte es vielleicht lauten: Machen wir uns daran, der verblödenden Bilderhörigkeit unserer Medien zu entkommen, setzen wir – ganz ohne Hoffnung – auf das Wort. Man könnte also den Journalismus etwa als ein Plädoyer für die Tuchfühlung mit dem Lokalen, der Heimatregion und ihren Bezügen zur Welt verstehen, wie das Rüdiger Görner einmal ausgedrückt hat.

Doch habe ich wenig Hoffnung. Die derzeit mächtigen Konservativen und Neoliberalen wollen dem flotten Unternehmmergeist (und manche auch dem autoritären Staat) keine Hindernisse in den Weg legen. Sie wollen die gesellschaftlichen Individuen jenen Gesetzmäßigkeiten unterwerfen, die von eben jenem Unternehmmergeist bestimmt werden. Die moderne Öffentlichkeit sollen wir uns so vorstellen, dass Medienunternehmen und die ihnen treu ergebenen Werbeagenturen mit ihrer ›Inszenierungskompetenz‹ dem Publikum Vorbilder, Images, vorgeben. Die massenmedial vermittelten Bilder und Sujets sollen wir als ›Selbstbeobachtung der Gesellschaft‹ feiern. Und dass wir diesen Bildern folgen, wird als ›Individualisierung‹ und als ›aktive, konstruktive Mediennut-

zung‹ beschönigt. Wir können dieses Weltbild wissenschaftlich als unbegründet kritisieren, wir können es politisch als falsch bekämpfen, aber wir können eine solche Sicht der Dinge natürlich auch ganz lebensnah als riesige Verarschung denunzieren.

Literatur

L. B. Alberti, *Über das Hauswesen*, Artemis, 1962.

I. Charim, »Gesellschaft als Phantomschmerz«, *Wiener Zeitung* vom 27./28. April 2019, S. 73f.

M. Metz/G. Seeßlen, *Bürger erhebt euch! Postdemokratie, Neoliberalismus und ziviler Ungehorsam*, Laika Verlag, 2012.

M. Metz/G. Seeßlen, *Freiheit und Kontrolle. Die Geschichte des nicht zu Ende befreiten Sklaven*, Suhrkamp, 2017.

W. Pohrt, *Brothers in Crime. Die Menschen im Zeitalter ihrer Überflüssigkeit. Über die Herkunft von Gruppen, Cliquen, Banden, Rackets und Gangs*, Edition Tiamat, 1997.

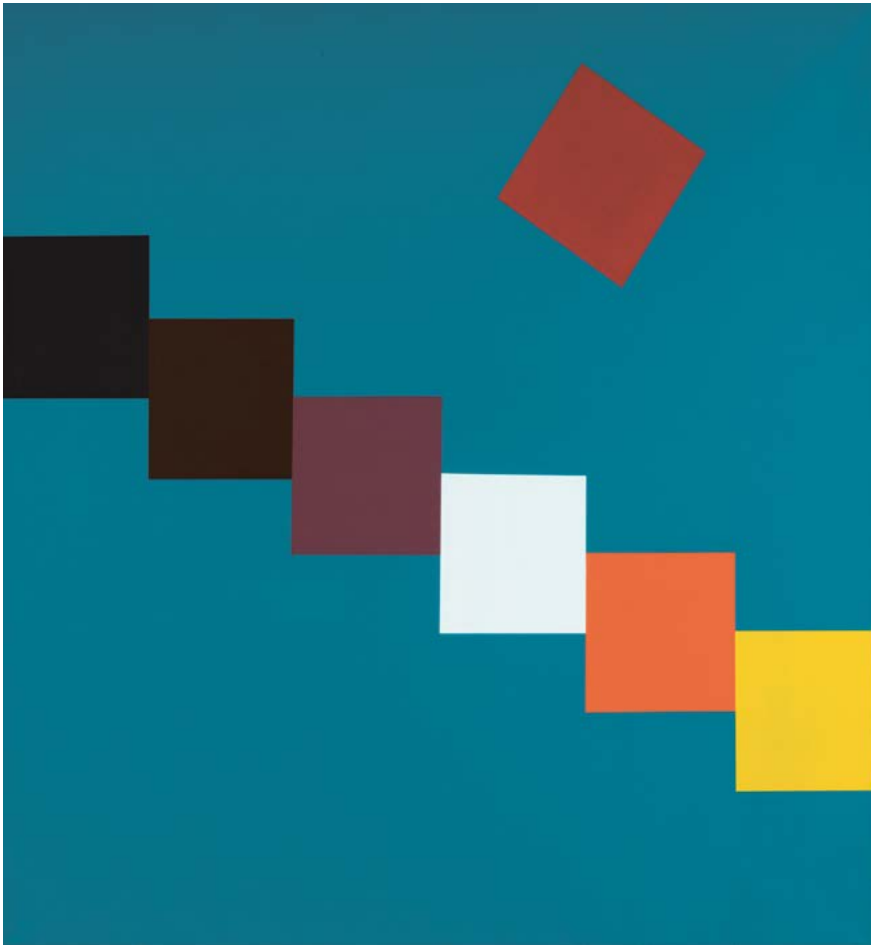
P. Rosanvallon, *La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance*, Le Seuil, 2006.

J. A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* 2 (1942). Übersetzt v. S. Preiswerk, A. Francke Verlag, 1950.

Leicht gekürzte Fassung des 4. Kapitels aus: Alfred J. Noll, *»Alles, was geschieht, geschieht mit Recht.«: Staat, Eigentum und moderner Sicherheitsfetischismus*, Edition Konturen, 2019.

Die Banane an der Wand Aus der Zeit gefallenes Streugut zu Kunst und Kultur

von Alfred J. Noll



Alfred J. Noll: Rot hebt ab

Anne ist für die Kunst.

»Die gibt es nicht mehr«, bringe ich vor.

Sie ergeht sich in einer feierlichen Rede über die Notwendigkeit, dass die Kultur lebendig sei, oder was weiß ich.

»Die Kunst ist tot!« sage ich.

»Sie lebt vom Leben derer, die sie täglich wieder neu aufleben lassen.«

»Genau das sage ich doch.«

»Nehmen wir mal an, du würdest anfangen zu schreiben«, sagt Anne. »Du erschaffst alles, was dich umgibt, neu, indem du es im Prisma deiner Subjektivität filterst.«

»Das bringt nichts Lebendiges«, sage ich, »das bringt bloß Kohle.«

Jean-Patrick Manchette, *Die Affäre N'Gustro* (1971), Distel Literaturverlag 2004, S. 96.

Über die Eigenart des Ästhetischen ist viel diskutiert worden. Es ist die gesellschaftliche Totalität, die Einheit von Lebensbedingungen, Lebenstätigkeit und Lebensweise, die den potentiellen »Inhalt der Kunst« ausmacht. In jedem einzelnen Kunstwerk kommt dieser »potentielle Inhalt« freilich immer nur als Ausschnitt der gesamten gesellschaftlichen Totalität zum Ausdruck. Selbst Peter Weiss' *Ästhetik des Widerstands* muss sich darauf beschränken, zu »exemplifizieren«; nichts anderes gilt für Pablo Picassos Gemälde *Guernica* oder für Kip Hanrahans Album *Desire Develops an Edge*. Aufgabe der Kunsttheorie ist es, jene die ästhetischen Formen des Kunstwerks bestimmenden Faktoren darzustellen – und dann kann man natürlich auch noch über viele andere Dinge plaudern...

Kunst, Kunstkritik und die Aneignung bzw. Vermittlung von Kunst haben indes nicht nur eine von der Kunstwissenschaft (Ästhetik) herauszuarbeitende

Funktion im gesellschaftlichen System, sondern auch eine spezifisch humane Aufgabe: Die Kunst ist sowohl kollektiv als auch individuell wesentlich ein besonderer Moment im Prozess des »Besitzergreifens der eigenen Persönlichkeit« (Antonio Gramsci). Gerade in Hinsicht auf die Kunst und deren Betrachtung bzw. Verständnis sehen wir, dass sozialer Wandel bzw. gesellschaftliche Entwicklung in Marschrichtung einer »besseren Gesellschaft« allemal auf das Reflexionsniveau in den Köpfen der Agierenden angewiesen ist. Die Ingebrauchnahme der Kunst ist Gradmesser für die (Un-)Begriffenheit der Welt und die (Un-)Mündigkeit der vergesellschafteten Subjekte in dieser Welt. Daraus resultiert, dass der antizipierende Vorgriff auf eine menschlichere, den Bedürfnissen adäquatere Welt – nicht anders als die ästhetische Reflexion –, Treibstoff künstlerischen Arbeitens ist, was freilich nichts zu tun hat mit euphorisch zu besingender »freien Tätigkeit des künstlerischen Schaffens«, sondern mit »verdammter Anstrengung« (Karl Marx).

Die Kunst kann sich nicht vom spontanen (zunächst unreflektierten) Element der Produktion von Gefühlen und Bedürfnissen lösen; als gesellschaftliche Bewusstseinsform kommt ihr immer *ideologisch* Funktion zu und hat sie *edukatorischen* Charakter. Eine darüber hinausgehende Erkenntnisfunktion kommt der Kunst nur dann zu, wenn sie die zugleich emotionalen und kognitiven Faktoren der Kunstrezeption berücksichtigt. »Gelungene Kunst« ermöglicht *sinnlich unmittelbare* Erkenntnis und ruft damit *begriffliches* Denken und *aufklärerische* Vernunft hervor. Daraus entstehen Probleme.

Kunstbedürfnisse gehen aus ästhetischen Bedürfnissen hervor, nicht minder aus dem Bedürfnis nach »lehrhafter Vermittlung« – Auge, Ohr und Hirn werden insofern »geschärft«, als sich in der Konfrontation mit den Werken der Kunst immer auch die eigene Lebensweise (Haltung, Befindlichkeit etc.) am Maß gesellschaftlichen Reichtums und der daraus erwachsenden Möglichkeiten messen lässt. Unter kapitalistischen Verhältnissen jedoch entwickelt sich das Kunstbedürfnis des Publikums widersprüchlich: Die Bedürfnisse bilden sich weitgehend heraus aus den Vorlagen, Stereotypen und Klischees, aus der Werbung, aus der auf Verwertbarkeit hin ausgerichteten Warenästhetik, aus arbeits-ästhetischen Programmen, aus der Dutzendware an Unterhaltungssendungen von Funk, Fernsehen und Media-Plattformen, in Summe: diese Bedürf-

nisse sind weitgehend das Ergebnis der Produkte der außerordentlichen Gewinn heischenden Freizeit- und Kulturindustrie.

Die »Objektivierbarkeit« von Kunst ist das eigentlich Problem einer jeden Kunsttheorie. Allenthalben wird die Sache abgetan mit der abgeschmackten Redewendung: »Über Geschmack lässt sich nicht streiten.« Damit aber wird jede Diskussion über Kunst obsolet. Sehr viel spannender sind Versuche, den Nachweis zu erbringen, dass die Anschauung von der zugleich absoluten und relativen Wahrheit (wie sie für die Wissenschaft gültig ist – auch dort nämlich gilt nämlich keineswegs, dass *anything goes*) auch in der Kunst gilt, oder mit den Worten von Max Raphael gesagt, »dass in jedem Kunstwerk neben dem relativen, geschichtlichen, vergänglichen Faktor auch ein absoluter, objektiver entsteht, der von der Entwicklung nicht vernichtet, sondern ‚aufgehoben‘ wird. Marx hat dieses Problem in einer bekannt gewordenen Passage illustriert: »Ist Achilles möglich mit Pulver und Blei? Oder überhaupt die *Illiade* mit der Druckerpresse und gar Druckmaschine? Hört das Singen und Sagen und die Muse mit dem Preßbengel nicht notwendig auf, also verschwinden nicht notwendige Bedingungen der epischen Poesie? – Aber die Schwierigkeit liegt nicht darin zu verstehn, dass griechische Kunst und Epos an gewisse gesellschaftliche Entwicklungsformen geknüpft sind. Die Schwierigkeit ist, dass sie uns noch Kunstgenuß gewähren und in gewisser Beziehung als Norm und unerreichte Muster gelten.«

Der Kriminalroman des aufgeklärten Bürgertums des 19. Jahrhunderts und der Spionage-Thriller verhalten sich zueinander wie der Kapitalismus der Frühindustrialisierung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus am Ausgang des 20. Jahrhunderts, beide Gattung entsprechen einer bestimmten sozialökonomischen Formation, deren ideologischen Fronten und Kräfteverhältnissen. Dennoch sind Formen des »suspense«, kriminalistischer Kombinatorik usw. nicht »untergegangen«, sondern in ausdifferenzierten und weiter entwickelten Formen »aufgehoben«. Analoges lässt sich für die Entwicklung des Jazz feststellen: wer hinter die Formsprache kollektiven Musizierens schwarzer Musik zurückgeht, musiziert seiner Zeit abgewandt, konserviert, re-interpretiert. Die »Synkope« als Form des Widerstands gegen eine industriell-rationalisierte Zeitökonomie ist in der heutigen Populärmusik »aufgehoben«; selbst beim *GI-*

enn-Miller-Orchestra ist ein Zugeständnis an die schwarze Kultur, auch wenn diese damit einvernahmt, instrumentalisiert, ihrer anti-hegemonialen Kraft beraubt und zwischen die Mahlstene der Musik-Kapitalverwertung geschoben wurde: Der Jazz kann nicht mehr hinter die Synkope zurück (und auch Taylor Swift und Beyoncé nicht...).

Dem Zusammenhang von Kultur und Kunst lässt sich nachspüren, wenn man die künstlerische Tätigkeit als eingebettet in die arbeitsame Gesamttätigkeit versteht. Die Produkte dieser künstlerischen Tätigkeit treten uns als »Kunst« gegenüber, sind ihrem gesellschaftlichen Inhalt nach jeweils mehr oder minder geglückte Versuche der Vergesellschaftung individueller Emotionen, Haltungen und Sichtweisen. Kunst lässt sich derart als ein Prozess der Rekonstruktion historischer, kollektiver und individueller Erfahrungen verstehen; deshalb ist Kunst auch eine besondere ideologische Form, deshalb ist sie stets mit dem Ideologischen untrennbar verbunden. Als eine Form des »Kampfes um die Köpfe« spiegelt sich in den Kunstwerken zwar Realität, diese jedoch durch das Prisma der die Bedingung von Kunst, Kunstbetrieb, Kunstmarkt und Kunstkritik diktierten Interessen und den darin waltenden Mächten.

Ein Ort der Kunstvermittlung hat Bedacht darauf zu nehmen und ins (auch betriebswirtschaftliche) Kalkül zu nehmen: Ist das Kunstwerk zur Ware geworden, dann wird der Kunstbetrieb im Kapitalismus notwendigerweise zur Aufgabe der Vergesellschaftung von oben. Nicht nur in der Produktion, sondern auch in der »Konsumtion«, im kontemplativen (oder auch spekulativen) Betrachten und im einverleibenden »act« von Kunst, werden stets aufs Neue hegemoniale und anti-hegemoniale Sichtweisen amalgamiert. Anders gesagt: Die Rezeption und Vermittlung von Kunst ist immer politisches Handeln, durch welches die Bedingungen emanzipatorischer Möglichkeiten der Reflexion gesetzt werden – die »Besetzung«, »Interpretation« und »historische Selbstvergewisserung« im Betrachten, Hören und Lesen eines Kunstwerkes ist ein bewusster Gestaltungsakt, der bei allen Beteiligten auf eines zielt: auf die solcherart ausgelöste Befreiung.

Selbstverständlich muss jeder dieser Versuche scheitern. Er ist damit aber nicht obsolet. Anstelle des Aufbaus einer Illusionswelt vermag die Kunst die wirkliche Verneinung des status quo zu formulieren und ideelle Konstrukti-

onspläne zum Aufbau neuer realer Welten zu zeichnen und die dem Entwurf derartiger Pläne vorausliegenden Sichtweisen zu formulieren. Mit etwas Zuversicht lässt sich, Max Raphael hat das skizziert, auf einen damit ausgelösten und möglichen »Umschwung vom Geschaffenen zum Schaffen« setzen; oder weitergehend: »Wir treten aus der Gemeinschaft der Gläubigen in die der Schaffenden über, und hier gibt uns die Kunst gewisse Kräfte und Richtlinien für die Neuformung der Gesellschaft und des Ich.« So viel Mut und Zuversicht wird man heute kaum aufzubringen in der Lage sein. Bestenfalls werden wir – eben gerade durch institutionalisierte Kunstvermittlung – in der Lage sein, zu den in jedem Kunstwerk gespeicherten Erfahrungen durch Analyse und Kritik »zurückzugehen«, alle Formen und Ausprägungen der Kunst unter stets neuen und sich wandelnden sozial-ökonomischen, kulturellen und (heute auch) ökologischen Bedingungen neu zu qualifizieren, auf ihre »Brauchbarkeit« hin zu untersuchen. Ein derartiges Unternehmen könnte sich dann wieder auf Max Raphael berufen, denn: »Lösung im marxistischen Sinne bedeutet praktischer Vollzug und nicht bloß theoretischer Ansatz.«

Die Kunst als eine zentrale Form der bewussten Reflexion gesellschaftlicher Prozesse über Wertvorstellungen spiegelt das Verhältnis von Kultur und Lebensweise wider. Wer dabei über Kultur spricht, hat Kunst immer schon im Hinterkopf. Selbst dann, wenn wir Kultur nicht in bildungsbürgerlicher Attitüde auf Bücher, Bilder, Plastiken, Theaterstücke und Opern etc. reduzieren, indiziert der Begriff doch »verdichtete Erfahrung« und »verallgemeinerungsfähige Einsicht« im Auge des Betrachters bzw. der Betrachterin. Von Benedetto Croce stammt der hintergründige Satz: »Jedem stolzen Philosophen, der das Wesen der Kunst ‚entdeckt‘ zu haben meint, könnte man jederzeit die Räte in die Wangen treiben – so denkt man bisweilen –, wenn man ihm Sätze aus den oberflächlichsten Büchern oder Phrasen der alltäglichen Unterhaltung vor Augen und Ohren führt und ihm zeigt, dass sie sein gerühmte Entdeckung bereits in vollendeter Klarheit enthielten.« Sollte man also doch besser schweigen und nicht zu ergründen trachten, was immer umstritten und deshalb immer auch eine »Frage bloßer Übereinkunft« ist?

Das mag mancher und manchem als der weniger beschwerliche Weg erscheinen. Der leichtere Weg ist aber nicht unbedingt der bessere.

Die Realität und die darin geübte Praxis ist weder historisch noch politisch eindeutig gerichtet. Vermittels der Kunstbetrachtung, eine Folge gelungener »Anstiftung zum künstlerischen Schaffen«, kann der Durchdringung und Erkenntnis der Wirklichkeit im Interesse einer humanen Gestaltung des menschlichen Lebens Vorschub geleistet werden. Man muss es halt versuchen, auch wenn's mitunter nicht gelingt oder sogar grandios daneben geht. Wird aber dieser Versuch nicht unentwegt neu unternommen, so läuft die Kunstvermittlung Gefahr, den beiden Ameisen Ringelnatz' zu ähneln:

*In Hamburg lebten zwei Ameisen,
die wollten nach Australien reisen,
bei Altona auf der Chaussee,
da taten ihnen die Beine weh,
und da verzichteten sie weise,
dann auf den letzten Teil der Reise.*

PS: Mein Namensvetter Chaim Noll hat unlängst in der *Neuen Zürcher Zeitung* (vom 29. November 2024) gefragt: »Warum noch Kunst in zerrütteter Zeit!« Seine zusammenfassende Antwort darauf lautete:

»Das innergesellschaftliche Zerwürfnis hat in vielen westlichen Ländern erschreckende Ausmaße angenommen, das Kritische geht nicht selten ins Toxische über. Die Risse vertiefen sich, die Fragmentierung in Bruchstücke, die Isolierung der einzelnen Menschen in einem Kokon aus Frustration und Ego- manie. Was nützt ist nicht Bitterkeit und Kritik, sondern Zuspruch und Ermutigung, Kunst kann magische Wirkung haben, indem sie unsere Hoffnung auf Schönheit, Güte und Harmonie wachhält. Ihr wahre Stärke zeigt sich erst in Tagen der Krise und der Depression.«

Darin liegt ein inhärenter Moralismus, der wohl unentwegt an der Realität scheitern muss. Die Kunst selbst ist doch »fragmentiert in Bruchstücke«, die Künstlerinnen und Künstler sind isoliert – und wohl kaum von egomanischen Selbstvermarktungsallüren. Der notwendig warenförmiger Charakter der Kunst führt dazu, dass der gesamte Kunstbetrieb immer mehr auf Exklusivität hin ausgerichtet wird: Das Teuerste ist, was sich nur leisten kann, wer nicht zu den Vielen gehört. Der erfrischenden Intervention von Maurizio Cattelan gelang es, seine mit Klebeband an der Wand befestigte Banane nicht nur für

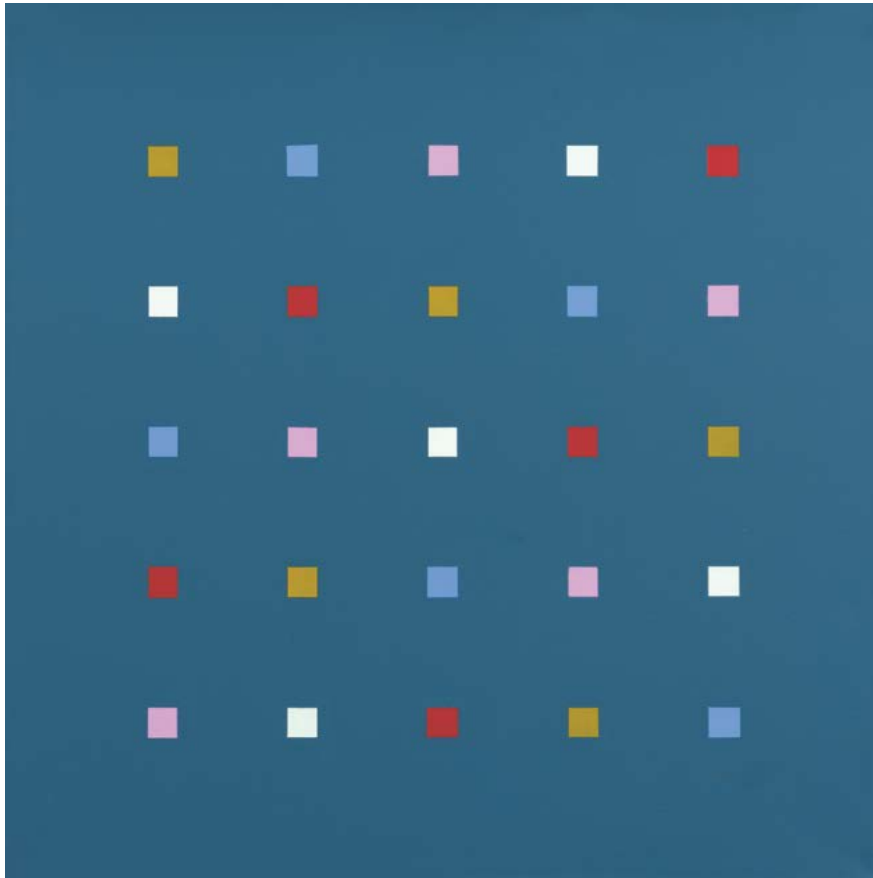
USD 6,2 Dollar versteigern zu lassen, sondern er motivierte Justin Sun, den Kryptowährungsunternehmer (»Tron«), auch dazu, dieses »Kunstwerk« zu versteigen – also am Kunstwerk selbst die höchste Form der Exklusivität zu realisieren, die überhaupt vorstellbar ist, nämlich das Werk sich »einzuverleiben« und damit allen anderen definitiv zu entziehen.

Dieser »Kult des Exklusiven« (Stefan Heidenreich) und der damit anvisierte *paradigmatische* Ausschluss des Publikums ist die notwendige Folge einer Kunst, die sich unter bestehenden kapitalistischen Bedingungen nur noch und ausschließlich als Ware am Markt präsentieren kann. Kunstvermittlung, wie qualitativ auch immer sie ist, ändert daran kaum etwas. Aber immerhin: In ihren Versuchen zeigt sich die Möglichkeit, das Publikum an einen lebendigen Ort zu verlocken, an dem gemeinsame Anerkennung und vielfach geteilte Attraktion zum Schauplatz eines gelungenen Lebens werden – *könnte*.

Aus: *Hammer & Amboss. 50 Jahre Alte Schmiede. Praxis einer Möglichkeitsform*, Sonderzahl Verlag, 2025.

Wiener Prozesse Schlussplädoyer 9.6.2024

Von Alfred J. Noll



Alfred J. Noll: Vier Farben mit Weiß

Meine Damen und Herren Geschworenen, wir werden nicht alles Revue passieren lassen, was die letzten zwei Tage gegangen ist und was abgegangen ist, aber einige abschließende Hinweise will ich doch noch geben.

Fangen wir mit diesem schönen Bild an, weil es so schön kennzeichnend ist. Der Vorsitzende der FPÖ sucht 2016 Rat, er sucht Hilfe, er sucht Auskunft. Wo sucht er sie? Er sucht sie 2016 bei der deutschen AfD, weil der Deutschnationalismus der FPÖ so tief eingegraben ist in all das, was die FPÖ bis heute bestimmt, dass etwas Einfacheres und Besseres und Naheliegenderes für einen FPÖ-Vorsitzenden gar nicht denkbar gewesen ist. Und diese Verbundenheit der FPÖ mit Deutschland und mit deutschnationalem – na, Gedankengut wäre vielleicht ein bisschen übertrieben – Gesinnungsgut, das ist kennzeichnend für diese FPÖ bis heute. Aber das ist nur ein Aspekt, und das ist gleichwohl ein kennzeichnender Aspekt. Ein Parteivorsitzender, der mit unserem Steuergeld durch die Lande zieht und alle anderen Parteien als Einheitsliste Volksverräter bezeichnet – von Ihnen und von mir finanziert. Darf es das wirklich geben? Ein Parteivorsitzender, der unseren Bundespräsidenten anschaut, mit unserem Steuergeld finanziert, über seine Medien dann verbreitet: »Dass der senil ist, das haben wir ja eh gewusst!«

Ein Parteivorsitzender, der mit unserem Geld über die Parteienförderung über den Bundeskanzler, den ich hier nicht hochloben werde – also nicht höher als bis zu unserer Sitzfläche –, öffentlich mit unserem Geld finanziert, sagt: »A Einzeller«. Und würdigt ihn herab. Und das aber tagtäglich an allen Orten dieser Republik, unterstützt von allen Funktionärinnen und Funktionären dieser Partei, die das cool finden! Das gerade ist ja sein Talent, dass er die anderen verächtlich macht, dass er hetzt. Mit unserem Geld – nicht mit seinem. Jemand, der gegen das System kämpft, mit weit aufgerissenem Maul und selber als Klubobmann 15.000 Euro 14-mal

jährlich verdient und durch die Parteienförderung erst in die Lage versetzt wird, seine Hetze in diesem Land zu verbreiten.

Was war der Ausgangspunkt am Freitagabend? Der Ausgangspunkt war, dass die Republik Österreich im Jahr 1955 ein Versprechen abgegeben hat. Ein Versprechen, das der Zeit geschuldet war – die zum Glück im April, Mai 1945 vorbei war, nämlich der Zeit des Nationalsozialismus, der Shoah und der Vernichtung aller anderen, die dem System nicht gepasst haben. Damals hat Österreich etwas versprochen. Das Versprechen ist ganz einfach: Alle faschistischen Gruppierungen und Parteien lösen wir auf. Aber mehr noch, wir lösen auch all diejenigen Gruppen auf, die uns in Richtung Faschismus führen und die deshalb der demokratischen Teilhabe von Bevölkerungsteilen in Österreich was wegnehmen wollen oder die sich gegen die Ziele der Vereinten Nationen stellen.

Und das tut diese FPÖ in ganz, ganz herausragendem Maße. Ich erinnere Sie nochmal dran: In Deutschland haben wir den Artikel 1 der Verfassung, nämlich: »Die Menschenwürde ist unantastbar«. So etwas haben wir in Österreich nicht, was bezeichnend ist, aber es gilt bei uns genauso. Und die Menschenwürde, wenn sie etwas wert sein soll, ist egalitär. Die kennt keinen Unterschied zwischen dem Afghanen, dem Simmeringer, dem Italiener und dem Salzburger. Menschenwürde macht nur dann Sinn, wenn ich einen Volks- und Bevölkerungsbegriff habe, der diese Menschenwürde tagtäglich und in der Realität achtet.

Nehme ich aber, so wie Kickl, einen ethnischen Volksbegriff und mache ich das Herkunftsland zum alleinbestimmenden Kriterium, ob jemand zu uns gehört oder nicht, dann verstoße ich per se gegen dieses Prinzip der Menschenwürde.

Wir haben gestern die Aussage einer Tschetschenin gehört, die seit 21 Jahren in Österreich ist, und wie gesagt, besser Österreichisch kann, als die beiden Verteidiger der FPÖ hier zusammen. Sie hat berichtet, wie sehr sie an der vollen Integration gehindert wird und wie man sie als Mensch zweiter Klasse behandelt. Und genau das ist das Ergebnis der Hetze, die die FPÖ tagtäglich bei uns betreibt. Was sollen wir also tun? 1933, 1934, die Jahre danach in Deutschland, auch in Österreich ... die haben nach 1945 bei vielen – meines Erachtens zu wenigen, aber doch bei einigen – zu der Frage geführt: »Hätte man das nicht sehen können, hätte man das nicht verhindern können?« Und diese Frage müssen Sie sich heute stellen, hier, im Theater Odeon.

Die Frage ist: Ist ein zweiter Faschismus unabwendbar? Die Anklage ist der Meinung, man kann etwas dagegen tun und nicht nur weiter darüber reden. Meine Damen und Herren Geschworenen, Sie können heute entscheiden, dass die FPÖ ihre Parteifinanzierung verliert. Diese Politiker sollen weiter lügen, wenn sie wollen. Sie sollen weiter Unsinnigkeiten verbreiten. Aber was nicht geht: Sie sollen nicht dann, wenn sie die Macht erobert haben werden, zu uns sagen: Ihr wart schön blöd, ihr habt das ja finanziert.

Sicher nicht. Danke.

Recht ist nicht Gerechtigkeit Die Welt des eminenten Österreichers Alfred J. Noll

Von Peter Strasser



Alfred J. Noll: Einfache Formen

Es hätte eine Festschrift wie nur je eine werden können, wäre Alfred J. Noll nicht am 19. März 2026 verstorben. Einer, der maßgeblich an dieser Schrift mitgearbeitet hat, war Walter Famler, Leiter der renommierten Kulturinstitution Alte Schmiede in Wien; er berichtet von seinem letzten Besuch bei Noll. Der Sterbende gab ihm, in typischem Wienerisch, eine Botschaft mit auf den Weg: »Loss di net vaoarschn!«

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde Noll durch sein Engagement im Restitutionsstreit um das Bild »Amalie Zuckermandl« von Gustav Klimt bekannt. Seinem Wikipedia-Eintrag kann man entnehmen, was er, seiner Funktionen und Passionen gemäß, alles war: Jurist, Rechtsanwalt, Hochschullehrer, Herausgeber, Sachbuchautor; von 2017 bis 2019 war er Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat, er hatte für die Liste Pilz kandidiert.

Ohne hier auf Vollständigkeit zu dringen, kann gesagt werden: Noll war einer jener bereits selten gewordenen Menschen, die persönliche Bescheidenheit mit einer überragenden Intelligenz und einem politischen Mut verbanden, ohne sich an den strategischen Spielchen, welche die heutigen Kultursphären mehr und mehr durchdringen, zu beteiligen.

Vermutlich war dies der Grund, warum Noll, der sich polemisch als »Kommunist« deklarierte, vom Polemiker Rudolf Burger geschätzt wurde – dieser teilte Carl Schmitts Analyse zur »politischen Romantik« und bezeichnete den linken Protest gegen die schwarz-blaue Koalition in Österreich als »antifaschistischen Karneval«.

Das Buch, von dem hier die Rede ist, trägt den Titel *Der Citozen als Revolutionär* und ist gespickt mit Namen prominenter Österreicher und Österreicherinnen, die aus ihrem Schreib- und Fachgebiet heraus die Rolle Nolls beleuch-

ten; exemplarisch Peter Rosei, Alma Zadič, Michael Holoubek, Robert Pfaller – um nur einige zu nennen.

Wodurch wurde Alfred Noll zu einer herausragenden Persönlichkeit? Nun, es war zweifellos der Umstand, dass jemand, der die Rechtsrealität nicht nur von außen beurteilte, sondern unter anderem eine renommierte Anwaltskanzlei betrieb, zugleich im politischen, juristischen und, darüber hinaus, philosophischen Diskurs reüssierte. Stets ging es Noll darum, unsere Art der rechtsstaatlichen, menschenrechtlich besorgten, um das Wohlergehen des Individuums bemühten Demokratie gegen alle Anmaßungen des Kapitals und Abirrungen des Patriotismus zu verteidigen.

Für Noll war unsere Rechtsgemeinschaft die unbedingt zu schützende. Auch er erkannte in ihr »die schlechteste aller Staatsformen, mit Ausnahme von allen anderen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert wurden« – um ein Bonmot von Winston Churchill aufzunehmen. Nolls »Kommunismus« hatte mit den Verirrungen nichts gemein, die den Marxismus verunstaltet hatten.

Für Noll bestand ein fundamentaler Unterschied zwischen dem Typus des Citoyens und dem des Bourgeois. Dieser begreift sich als egoistischer Wirtschaftsbürger, der seine ökonomischen Interessen verfolgt, indem er von einer »für alle optimalen Logik des freien Marktes« fabuliert; jener ist ein Abkömmling des Geistes der Französischen Revolution, die ihren Ursprung in der Aufklärung hat und vom Willen getragen wird, den Bürger als aktiven Gestalter des Staatsgeschehens zu etablieren.

Blickt man auf die heutige Gesellschaft in Österreich – wie auch in anderen demokratisch regierten Staaten –, dann ist es mehr als augenscheinlich, dass der Citoyen, soweit überhaupt als demokratische Grundgestalt bekannt, nur noch in Wahlreden beschworen wird, und zwar in Form einer deformierten Bürgerlichkeit. Das politische Personal, dem Noll in prominenter Position selbst eine Zeitlang angehörte, kümmert sich meist um die sogenannten »Anliegen der Bürgerinnen und Bürger« insofern, als es darum geht, politisches Kapital daraus zu schlagen.

Die abgegebenen Versprechen – die sich gewöhnlich nicht halten lassen –, betreffen durchaus gruppenegozentrische Wohllebenswünsche, die keiner *volonté générale*, das heißt, keinem aufgeklärten, informierten Gemeinwillen verpflichtet sind. Für Noll war der Bourgeois aus guten Gründen eine demokratiegefährdende Gestalt des Ressentiments. Um nämlich seine Eigensucht – den Willen, sich mit anderen gar nicht erst auf der Basis wohlbegründeter Argumente zu verständigen – möglichst gut zu kaschieren, wird gegen die Anderen (großgeschrieben: die Fremden, Asylsuchenden, »Arbeitsscheuen«) rhetorisch mobilgemacht. Dies alles im Namen des Vaterlandes und seiner heiligen Werte!

Als Noll Abgeordneter im Parlament wurde, bezeichnete er diesen Schritt, wie mehrere Beiträger zum vorliegenden Band berichten, als »ethnologische Exkursion«. Und mit den Worten Armin Thurnhers, des langjährigen Chefredakteurs der Wiener Stadtzeitung *Falter*, kam Noll zu dem Schluss, dass wir in einer »Exekutivdemokratie« lebten: »Nichts wurde mehr entschieden, wo Öffentlichkeit, Kontrolle, Transparenz am Platz gewesen wären. Die Regierung ließ dort nur abnicken, was sie bereits zuvor abgemacht hatte. Debatten wurden nur mehr zum Schein geführt, die vitale Seele der Demokratie war abgewürgt, entkernt, entleert.«

Für Noll bedeutete, »Kommunist« zu sein, einem demokratischen (!) Ideal anzuhängen, welches er im Slogan »Recht ist nicht Gerechtigkeit« resümierte. Demnach wäre Recht zu suchen an einem parlamentarischen Ort, wo sich Kompromisse infolge von Debatten ergäben, die jener Sprechsituation nahekämen, für welche Jürgen Habermas argumentierte. Es gälte, möglichst zwanglos Gesetze anzusteuern, in denen sich die besten Argumente widerspiegeln – Argumente, um eine Gemeinschaft zu ermöglichen, worin die Menschenwürde ebenso hochgehalten würde wie die Freiheit des Einzelnen; eine Gemeinschaft, worin das übergreifende Staatswohl jenes wäre, welches allen, nicht vorzugsweise den Interessen der Mächtigen diene.

Ergreifend die Worte Peter Roseis, der sich entschied, durch sein literarisches Schaffen der Gerechtigkeit besser zu dienen, als er es vermocht hätte, würde er sich, als Doktor der Rechtswissenschaften, dem Staat zur Verfügung

gestellt haben: »Lieber Alfie: Du hast einmal geschrieben, für mich wäre Dir kein Weg zu weit. Das hat mich gerührt. Der Weg zu Dir führt mich an Dein Grab. Aber doch auch weit darüber hinaus in das Feld der Lebendigen, wo um Gerechtigkeit, um eine bessere, gerechtere Welt gekämpft wird.«

Und nun liegt uns, den Lebenden, den aufmerksamen Lesern, eine nahezu fünfhundert Seiten umfassende Würdigung des so vielschichtigen Menschen Alfred J. Noll vor. Dank gebührt allen, die dieses literarische Ereignis möglich machten.

Der Citoyen als Revolutionär. Zur Widerständigkeit des Rechts. Alfred J. Noll. Eine Würdigung. herausgegeben von Nikolaus Dimmel und Dominik Öllerer, bahoe books, 2026.

Montag, 14.9. 19.00 *Saisoneroöffnung*: **Peter Henisch** • Dienstag, 15.9. 19.00 *Welt / Literatur*: **Valeria Gordeev, Angelika Reitzer** • Donnerstag, 17.9. 19.00 **Wolfgang Bleier, Katharina Riese** • Freitag, 18.9. ab 15.30 *Freitagsgespräch*: *Jugoslavija revisited II*: **Jelena Radenović** • Freitag, 18.9. 19.00 GAV: *Aufgenommen* • Montag, 21.9. 19.00 *Werkporträt*: **Felix Philipp Ingold** • Dienstag, 22.9. 19.00 *Mosambik in der Literatur: Trojanow trifft ...*: **Mia Couto** • Donnerstag, 24.9. 18.00 *Dichterin liest Dichterin*: **Laura Freudenthaler über Monique Wittig** • Donnerstag, 24.9. 19.00 **Timo Brandt, Katharina J. Ferner, Verena Stauffer** • Freitag, 25.9. 17.00 *Freitagsgespräch*: **Ronald Pohl, Franz Koglmann** • Montag, 28.9. 18.00 *Dichter liest Dichterin*: **Peter Henisch über Barbara Frischmuth**; 19.00 *Retrogranden aufgefrischt*: **Barbara Frischmuth – mit Anna Babka, Lia Hartl, Elisabeth Klar, Markus Köhle** • Dienstag, 29.9. 19.00 **Leopold Federmair**; 20.00 **Stephan Thome & Leopold Federmair** • Donnerstag, 1.10. 19.00 **Christoph W. Bauer, Lorenz Langenegger** • Montag, 5.10. 19.00 **Elfriede Czurda, Florian Huber, Christian Steinbacher** • Dienstag, 6.10. 19.00 **Maxim Znak, Erich Klein** • Donnerstag, 8.10. 19.00: **Dicht-Fest** • Montag, 12.10. 19.00 **Yevgenij Breyger, Martin Prinz** • Dienstag, 13.10. 18.30 **Rudolf Stueger, Grzegorz Kielawski** • Dienstag, 13.10. 20.00 **Markus Köhle, Eva Schörkhuber** • Donnerstag, 15.10. 19.00 *Grundbücher seit 1945*: **Ferdinand Schmatz** • Montag, 19.10. 19.00 *ÖI – radiophone Werkstatt*: **Katherina Brasel, Katharina Menhofer** • Dienstag, 20.10. 19.00: **Rudolf Burger: Kritik der Gedenkpoltik**: **Franz Schuh, Doron Rabinovici, Bernhard Kraller** • Mittwoch, 21.10. 17.00 *Mia Couto lesen ... mit* **Petra Nagenkögel** • Donnerstag, 22.10. 19.00 **Martin Mader, Robert Woelfl, Angelika Reitzer** • Dienstag, 27.10. 19.00 **Georg Fritsch, Willi Winkler** • Donnerstag, 29.10. 19.00 *Literatur als Zeit-Schrift: LANDSTRICH* – mit **Karl-Markus Gauß, Anna Weidenholzer, Helmut Ritz** • Freitag, 30.10. 17.00 *Freitagsgespräch*: **Georg Fritsch**

Musikprogramm der Alten Schmiede 09/10 2026

Mittwoch, 16.9. Kammermusik: **Rebecca Gray** (Sopran), **Rayna Slavova** (Klavier) • Freitag, 25.9. Kammermusik: **Pony Says: Thilo Ruck** (E-Gitarre), **Felix Nagl** (Keyboard), **Lucas Gérin** (Percussion)
• Mittwoch, 30.9. Kompositionswerkstatt: **Archiv – Gedächtnis – Geschichte: Altera Inde Duo: Sara Zazo** (Saxophon), **Diego Carretero** (Saxophon) • Freitag, 2.10. Kammermusik: **Ausgrabungen: Winterberg Trio: Miharū Gartmayer** (Violine), **Nataliia Kuleba** (Viola), **Gerhard Waiz** (Violoncello) • Mittwoch, 7.10. Im Fokus: **Barbara Rektenwald: Violetta Kowal** (Sopran), **Melissa Coleman** (Violoncello), **Barbara Rektenwald** (Klavier) • Freitag, 9.10. Solo: **Schläft ein Lied in allen Dingen: Nava Hemyari** (Komposition, Stimme, präparierte Gitarre, Elektronik) • Mittwoch, 14.10. Kammermusik: **Songs zwischen Himmel und Erde: Duo Veris: Anna Aigner** (Violoncello), **Erika Spring** (Klavier) • Freitag, 16.10. Kammermusik: **Invisible Birds: Sax Arte Quartett: Alexandra Pichler** (Sopransaxophon), **Ferenc Takács** (Altsaxophon), **Viola Jank** (Tenorsaxophon), **Markus Holzer** (Baritonsaxophon, Klarinette) • Freitag, 23.10. Improvisation: **Castelló/Hautzinger: Angélica Castelló Paetzold** (Tapes, Blockflöte, Elektronik), **Franz Hautzinger** (Trompete, Elektronik) • Mittwoch, 28.10. Kammermusik: **Tonarium Ensemble: Pablo Carpio Hernández** (Flöte), **Ayaka Matsudomi** (Klarinette), **Raika Yamakage** (Violine), **Manuel Schager** (Violoncello), **Jan Satler** (Klavier), **Taichi Hiratsuka** (Leitung)
• Freitag, 30.10. Kompositionswerkstatt: **Für Morin Khuur: Han Qiao** (Morin Khuur), **Xiwen Zhang** (Kontrabass), **Jie Wang** (Klavier)

Beginnzeiten jeweils 19.00 Uhr
Musikveranstaltungen auch zum Nachsehen
auf dem YouTube-Kanal der Musikwerkstatt
@AlteSchmiedeMusik

Für Freixemplare der Sichel senden Sie bitte ein ausreichend frankiertes und adressiertes Rücksendekuvert unter Angabe der gewünschten Stückzahl an die Redaktionsadresse: Alte Schmiede / Schönlaterngasse 9 / 1. Wien